

# Zeitung

Organ des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter

Mit „FRAUENRECHT“ UND „ARBEITSRECHT“

Erscheint jeden Donnerstag - Redaktionschluss Sonnabend  
Verantwortlich für die Redaktion: A. Lantke, Berlin NW 40,  
Reichstagsufer 3 - Fernsprecher: A 2 Flora 4033.

Verlag: A. Lantke, Berlin NW 40, Reichstagsufer 3  
Druck: Vorwärts-Verlagsanstalt und Verlagsanstalt  
Paul Straer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

Bezugspreis: 1,50 Mk. monatlich zu beziehen durch die Post.  
Inserate: Die sechsgepalte Nonpareillezeile der Arbeitsmarkt-  
Gratulationen aus Ortsvereinen und Krankenkassen 20 Pf.

## Ergebnis des Wirtschaftsbeirats

Der von der Reichsregierung und dem Reichspräsidenten einberufene Wirtschaftsbeirat hat seine Arbeiten am 23. November beendet. Das „Ergebnis“ der Beratungen will die Reichsregierung zum Anlaß nehmen, im Wege der Notverordnungen ihr Wirtschaftsprogramm zu verwirklichen. Wie der Reichskanzler abschließend zusammenfaßte, soll der Sinn der in Aussicht zu nehmenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen der sein, zur Verminderung der Arbeitslosigkeit und der wirtschaftlichen Schwierigkeiten die Aufwendungen der gesamten Wirtschaft in weitem Maße an die teils durch Währungsveränderungen, teils durch andere Gründe bedingten Preisentwicklungen auf dem Weltmarkt und an die Vermögens- und Einkommenslage in Deutschland anzupassen, unter Abstimmung der einzelnen Aufwendungen und Werte zueinander. Maßnahmen inflationistischen Charakters sollen dabei unter allen Umständen vermieden werden. Soweit andere für unsere Wirtschaft einschneidende Veränderungen getroffen werden sollen, wie Regelung der Verhältnisse zwischen der öffentlichen Hand und dem privaten Bankensystem, die Senkung der Tarife öffentlicher Unternehmungen, die Anpassung der Kreditpolitik der Reichsbank an die augenblickliche Wirtschaftslage und andere Bestimmungen, dürften sie die Zustimmung der Gewerkschaften finden. So zerfällt also das Notprogramm der Regierung in zwei große Teile und zwar einmal in sogenannte Maßnahmen zur Überwindung der Wirtschaftskrise und zum anderen in Maßnahmen zur Sicherung des Haushaltes. Zum Ausgleich der Haushalte der Länder soll eine Erhöhung der Umsatzsteuer kommen und zu den direkten Krisenmaßnahmen Preis- und Lohnsenkungen, teilweise Lockerung des Tarifwesens und auch Fragen des Siedlungsproblems.

Das ist das Fazit der Beratungen des Wirtschaftsbeirates, dessen Weisheit letzter Schluß neben finanz- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen auch eine Lockerung des Tarifvertragswesens und weiterer Lohnabbau ist! Die Regierung denkt sich die Sache dadurch sehr leicht, daß sie einfach eine neue Preisabbauphase hervorruft! Dabei geht nun bereits die Diskussion über den Preisabbau seit jener Zeit, als die Löhne der Arbeiterschaft das erste mal abgebaut wurden. Ihr folgte eine zweite, eine dritte Lohnabbauwelle und nunmehr verkündet die Regierung mit einer nichtsagenden Geste endlich den „Preisabbau“ und will über die Lockerung der Tarifverträge weiteren Lohnabbau herbeiführen. Sie verkündet auch großzügig, daß die Grundrechte des Tarifvertrages nicht angetastet werden!

Was heißt das? Entweder beabsichtigt die Regierung, durch eine Notverordnung, unabhängig davon ob die Tarifverträge noch laufen, in bestehende Verträge einzugreifen und einen bestimmten Lohnsatz festzusetzen oder sie gibt ihren Schlichtern die Anweisung, im Falle gekündigter Verträge einen mini-

malen Lohnsatz festzusetzen. Bei der sich allmählich herausgebildeten Praxis, die Löhne um jeden Preis zu senken, ist sie kühn genug zu behaupten, dieses Verfahren steile keinen Einbruch in das Tarifrecht dar. Es ist nebensächlich, ob es sich um Lohnabkommen oder Tarifverträge handelt; denn beide bilden erst den Tarifvertrag. So soll die „Lockerung“ des Tarifwesens erfolgen, indem durch Notverordnung der freie Wille der Tarifparteien ausgeschaltet wird. Im Widerspruch stehen die Bemerkungen des Ministers Stegerwald in der Schlussitzung des Wirtschaftsbeirates, wonach „unter gar keinen Umständen daran gedacht werde, einseitig die Löhne und Gehälter zu senken, sondern daß Mittel und Wege gefunden werden müssen, neben den gebundenen Preisen auch alle anderen Preise — zu senken“. Schön, wir verzeichnen vorerst die Tatsache, daß wir ein Ministerwort mehr registrieren können und behalten uns vor, zu späterer Zeit daran zu erinnern.

Wenn nämlich die Arbeiterschaft allein von solchen Versicherungen satt werden könnte, dann würden die wohlformulierten Ministerreden eitel Gold wiegen! Nichts ist bisher geschehen, gegenüber dem wahnwitzigen Lohnabbau durch Senkung der Preise einen Ausgleich zu schaffen. Gewiß ist aller möglicher Luxus, der für die Arbeiterschaft unerschwinglich ist, im Preis gesenkt worden, aber die zum Leben unbedingt notwendigen Dinge haben ihren Preis gehalten. Die Regierung sucht nach Mitteln und Wegen, einen Ausgleich der Lohnsenkungen über den Preisabbau zu finden, das wird nicht gelingen. An die kartellmäßig gebundenen Preise traut sich niemand heran. Nur der Arbeiterschaft wurden unerhörte Opfer auferlegt.

Wir begegnen der großspurig angekündigten Preisabbaubewegung schon deshalb mit größtem Mißtrauen, weil bisher nichts geschehen ist und weil jetzt wieder kein Mut vorhanden ist. Die Arbeiterschaft hat ein Recht, daß die Preise genau so systematisch gesenkt werden, wie die Löhne! Erfolgt doch Lohnabbrüche sogar dort, wo die Betriebe noch immer rentabel und leistungsfähig waren, wo aber die Direktoren und Leitungen Millionen und aber Millionen verlorerten! Aber auch hier mußten Lohnsenkungen erfolgen und zwar rein systematisch ohne jede wirtschaftliche Berechnung! Für die Totengräber der deutschen Wirtschaft mußte die Arbeiterschaft die Zehne bezahlen!

Die ganze Ohnmacht der Regierung und des Wirtschaftsbeirates, dem überdies überwiegend Vertreter jenes kapitalistischen Systems angehörten, das wir, die Arbeiterschaft, für unsern Wirtschaftsdalles verantwortlich machen, offenbart sich dadurch, daß man sich noch immer nicht dazu durchgerungen hat, die 40-Stunden-Woche zu sanktionieren. Unaufhörlich steigt unser Arbeitslosenstand, selbst darauf kann sich der Arbeiter nicht mehr berufen, daß er 10 und mehr Jahre einem Betriebe angehörte, er wird morgen damit rechnen müssen, arbeitslos zu werden. Wo bleibt die Regierung, um dem Staat seine Arbeitskraft zu erhalten? Es nimmt nicht wunder, daß die Regierung so naiv ist zu glauben, daß einzig und allein über den Weg der Lohnabbauholerei mit dem unsicheren Faktor „Preis-

abbau“ die Arbeitslosigkeit bekämpft werden kann. Borerst ist das dringendste Gebot: Gebietet Einhalt der Arbeitslosigkeit und übernehmt die sittliche Verpflichtung, Millionen feiernden Händen Arbeit zu verschaffen! Wir klagen deshalb die Regierung an, weil sie nichts unternehmen will, die Einführung der 40-Stunden-Woche zu dekretieren. Hier hat der Wirtschaftsbeirat verjagt. Die Gewerkschaften werden aber daraus die Lehre ziehen, künftig allen Experimenten, mögen sie nun „Wirtschaftsbeirat“ oder sonst wie heißen, nicht mehr Geholge zu leisten. Wenn man schon die wirtschaftliche Verelendung der Arbeiterschaft will, dann soll das ein „Beirat“ tun, dem keine Gewerkschaftsvertreter angehören. Die Gewerkschaften sind nach wie vor des festen Willens, die Arbeiterschaft vor vollständiger Verelendung zu schützen. Es kann daher keine Gemeinschaft mit kapitalistischen Vertretern geben, nur die Ueberzeugung, um eine gerechte Sache zu kämpfen und der Unterstützung der Arbeiterschaft selbst sicher zu sein. Das Fazit, daß die Arbeiterschaft aus den Beratungergebnissen des Wirtschaftsbeirates zieht, wird sein: Nun erst recht hinein in die Gewerkschaften und mit ihnen auf die Schanzen für die Arbeiterschaft und mit der Arbeiterschaft!

Das ist die eine Seite. Was soll man aber dazu sagen, wenn jetzt festgestellt werden muß (siehe auch Bericht von der Bundesausschussitzung), daß die Regierung kein ehrliches Spiel getrieben hat. Mit welchem Recht kommt Brüning dazu seine Feststellungen über das Verhandlungsergebnis der Öffentlichkeit zu unterbreiten, wenn in keiner die Arbeiterschaft interessierenden Fragen ein Ergebnis erzielt wurde. Meinungen gegen Meinungen standen sich diametral gegenüber. Während die Vertreter der Gewerkschaften den nicht zu widerlegenden Beweis erbrachten, daß jede Lohnsenkung die Wirtschaft noch tiefer in den Abgrund zieht, beharrt das Unternehmertum, mit Ausnahme der Handwerksvertreter auf ihrer sturen Forderung, Lohnsenkung und Vereitigung des Tarifrechts. Dazu brauchte wirklich nicht ein Wirtschaftsbeirat eingesetzt werden, denn die Forderungen der Unternehmer sind längst bekannt gewesen. Insofern wurde aber Klarheit geschaffen, daß die Regierung überhaupt nicht gewillt ist, ihren arbeiterfreundlichen Reden auch Taten folgen zu lassen. Niemand wagt sich an die hohe Gewinnrate der Kapitalisten heran. Aber dazu wird viel Mut aufgebracht, der werktätigen Bevölkerung noch größere Lasten aufzubürden.

Das einzige feste Bollwerk zum Schutze der Arbeiterschaft, die Gewerkschaften, können dieses unehrliche Spiel nicht mehr länger ertragen. Alle Zeichen deuten darauf hin, daß die gegenwärtige Regierung bald das Faß zum Ueberlaufen bringt und der Zeitpunkt nicht mehr fern ist, wo mit diesem System Schluß gemacht werden muß.

# Zweite Bundesausschußsitzung

## Kampfesstimmung der Gewerkschaften

Die am 25. November stattgefundenen Bundesausschußsitzung nahm einen Bericht über die Tagungen des Wirtschaftsbeirats von den Kollegen Grafmann und Eggert entgegen. Es wurden besonders die zutage getretenen unüberbrückbaren Gegensätze zwischen den Vertretern der Unternehmer und Arbeiter hervorgehoben. Bezeichnend ist, daß sich sogar der Mittelstand gegen weitere Lohnsenkungen wendete, weil besonders dadurch die Handwerksbetriebe sowie der Kleinhandel stark in Mitleidenenschaft gezogen werden. Den Wünschen der Unternehmer, Verzicht auf den staatlichen Schlichtungszwang und Senkung der Gehälter und Löhne, wurde in schärfster Weise entgegengetreten. Es treffe daher nicht zu, wie von der Regierung in der Tagespresse berichtet wurde, daß eine Einigung im Wirtschaftsbeirat erzielt wurde. Fest steht, daß die Regierung im Gegensatz zu ihrer im Wirtschaftsbeirat abgegebenen Erklärung, wonach die Lohn- und Preisentfaltung voneinander nicht getrennt werden können, vollständig versagte.

In der Diskussion wurde einmütig die Ansicht vertreten, daß die Regierung sich an ihre abgegebene Erklärung nicht gehalten habe. Diese zweideutige Haltung müsse entschieden Widerstand auslösen. Die Gewerkschaften sind keineswegs gesonnen, so wie die Regierung es wünscht, die ganzen Lasten der Wirtschaftskrise auf die Arbeiter abwälzen zu lassen. Sie werden solchen Forderungen den schärfsten Widerstand entgegensetzen. Es wurde scharf gegen die Einstellung der Regierung protestiert, wonach in einer kommenden Notverordnung den Unternehmerwünschen Rechnung getragen werden soll. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die von der Regierung gezogenen Schlußfolgerungen aus den Beratungen des Wirtschaftsbeirats geben einseitig die von den Unternehmern vertretenen Ansichten wieder. Sie entsprechen nicht dem Notstand des Arbeitsmarktes und der Wirtschaft. Sie enthalten weder einen Plan zur Arbeitsbeschaffung noch die Ankündigung der gesetzlichen 40-Stunden-Woche mit dem Zwang zur Einstellung von Erwerbslosen.

Die Regierung gibt sich noch immer der Täuschung hin, durch Lohn- und Preisentfaltung eine Entspannung auf dem Binnenmarkt zu erzielen und die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands auf den Auslandsmärkten zu steigern.

Die Gewerkschaften haben von jeher den künstlichen Preisauftrieb durch Hochschußzölle, Kartellbindungen und ähnliche Mittel bekämpft. Der Abbau solcher künstlich überhöhten Preise kann und muß ohne Lohnsenkung erzwungen werden. Die Gewerkschaften bekämpfen aber gleichzeitig den Gedanken einer allgemeinen künstlichen Preisentfaltung durch währungsrechtliche Mittel oder zwangsweisen Lohnabbau. Der rücksichtslose Lohnabbau seit mehr als Jahresfrist hat die deutsche Wirtschaft immer tiefer in das Krisenland geführt, ebenso das dauernde Gerede von der weiter notwendigen Preisentfaltung. Es ist höchste Zeit, auf diesem Wege umzukehren.

Es hat sich als völlig vergeblich erwiesen, die Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Auslande durch weitere Lohnsenkungen steigern zu wollen. Jede Lohnsenkung wird — wie die Erfahrungen zeigen — vom Auslande sofort als Lohndumping mit weiteren Abwehrmaßnahmen beantwortet. Sie zerstört gleichzeitig die Kaufkraft des für die deutsche Wirtschaft ausschlaggebenden Binnenmarktes und muß außerdem zur Folge haben, daß das Defizit im Staatshaushalt verewigt wird.

Das Einkommen der Arbeiterschaft ist auf der ganzen Linie in einem Maße gesunken, daß nicht nur die Existenz der Arbeiter, sondern auch die Qualität der Arbeit ernsthaft bedroht sind. Damit steht zugleich die Zukunft der deutschen Wirtschaft in Gefahr, weil bei Hungerlöhnen keine Qualitätsarbeit mehr möglich ist.

Der Bundesausschuß erhebt deswegen entschiedensten Protest gegen die offensündliche Absicht der Reichsregierung, die Kaufkraft der breiten Massen noch weiter zu schwächen. Er protestiert mit derselben Entschiedenheit gegen alle Absichten, an den rechtlichen Grundlagen des kollektiven Arbeitsrechtes zu rütteln oder im Wege der Notverordnung in die Tarifverträge einzugreifen.

Die in letzter Zeit auftauchenden Gerüchte, daß die Regierung plant, die Aufhebung des Verbots der Nachtarbeit für die Großbäckereien zu verordnen, veranlaßte den Bundesausschuß zur einstimmigen Annahme folgender Entschliebung:

Der Bundesausschuß des ADGB erhebt in letzter Stunde schärfsten Protest gegen die von der Reichsregierung geplante Aufhebung des Verbots der Nachtarbeit in den Bäckereien.

Durch die Zulassung der Nachtarbeit in wenigen Großbäckereien, die für die gesamte Brotproduktion ohne Bedeutung sind, weil über 90 Proz. der Brotversorgung von den Mittel- und Kleinbäckereien erfolgt, kann, wie einwandfrei und unwidersprochen nachgewiesen worden ist, keine Senkung des Brotpreises erfolgen. Nicht durch die Zertrümmerung eines hochwertigen Arbeitsschutzgesetzes kann eine Preisermäßigung für Brot erreicht werden, sondern durch die Herabsetzung der überspannten Zölle auf Brotgetreide.

In längerer Debatte wurde die Meinung vertreten, daß mit der Tolerierungspolitik unbedingt Schluß gemacht werden muß. Der Zeitpunkt liege nicht mehr fern, wo die Notwendigkeit an die Gewerkschaften herantrete, gegen die Regierung Brünning in Opposition zu treten. Wiederholt wurde betont, daß es den Anschein habe, es werde von der Regierung alles getan, alle Lasten auf die werttätige Bevölkerung abzuwälzen. Das war auch erneut zu sehen aus dem von Kollegen Weller erstatteten Bericht über die Lage der Sozialversicherungen. Auch hier wird Abbau von sozialen Rechten und Einschränkung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft geplant. Es bestehe wohl noch keine Klarheit über die Pläne der Regierung in der Sozialversicherung. Soviel sei aber jetzt schon klar, daß eine Verschlechterung in den Leistungen der Unfall- und Invalidenversicherung geplant wird. Außer dem Leistungsabbau sei eine organisatorische Reform in Vorbereitung. Bei der Unfallversicherung sollen die kleinen Renten beseitigt sowie sonstige tiefeinschneidende Verschlechterungen vorgenommen werden. Der Bundesausschuß beschloß einstimmig:

Der Staat, der für die Sanierung privater Unternehmungen eintritt, hat die Pflicht, in dieser Krise auch der Sozialversicherung Hilfe zu gewähren.

Die akuten Schwierigkeiten der Invalidenversicherung wären dadurch zu beheben, daß Reich, Länder und Gemeindegewerkschaften ihre schuldnerischen Verpflichtungen gegenüber den Versicherungsanstalten erfüllen.

Eine Reform der Sozialversicherung im Sinne einer organisatorischen Verbesserung und Vereinheitlichung erachtet auch der Bundesausschuß für notwendig. Diese Reform muß aber auf dem Wege der ordentlichen Gesetzgebung durchgeführt werden. Dagegen warnt der Bundesausschuß dringend davor, einen Leistungsabbau etwa auf dem Wege der Notverordnung durchzuführen. Eine solche wiederum einseitig auf Kosten der Arbeiterschaft getroffene Maßnahme müßte dem einmütigen Widerstande der Gewerkschaften begegnen.

## Hitlers Mordgarde

In Lampertheim in Hessen im „Borheimer Hof“ fand Mitte September eine Führerbesprechung der Nazis statt, in der „Entwürfe“ und „Bekanntmachungen“ zur Errichtung einer Militärdiktatur in Deutschland durch die SA besprochen wurden. Ein prominenter Naziführer, Dr. Schäfer, der als Wirtschaftsreferent im Gau Hessen der Nazi-Partei tätig ist, übergab die Dokumente der Polizei. Es handelt sich um durchaus einwandfreies Material, das nicht nur in Hessen, sondern auch in anderen deutschen Gebietsteilen zu finden ist. Diese Dokumente, die unverhüllt die faschistische Diktatur, die nach Hitlers Macht-ergreifung durchgeführt werden soll, offenbaren, wie das Verbrechergesindel, das sich „sozialistisch“ nennt, den Weg zu seinem Ziele zu gelangen.

Es wird die brutalste Militärdiktatur angekündigt, bei der die Landsknechte der SA die „ordnende Staatsgewalt“ auszuführen haben. Diesem Verbrechergesindel soll es überlassen bleiben, die „strafende Gerechtigkeit“ auszuüben, die nur Mord und wieder Mord ist! Jeder Arbeiter, der im Bewußtsein auf verbrieft Rechte in den Streik tritt, soll erschossen werden! Diese hinterhältigen Lumpen beabsichtigen also, gegen den Streik die Todesstrafe einzuführen. Diesen Dokumenten sind Richtlinien für eine „Notverordnung über die nationale Arbeitsdienstpflicht“ beigelegt die jeden Deutschen beiderlei Geschlechtes zur Arbeitsdienstpflicht zwingt. Ausgenommen sind nur die der SA angehörenden Soldaten und Anspruch auf Ernährung hat nur, wer der Dienstpflicht und den gegebenen „Begehren“ Folge leistet. Jeder Widerstand gegen die Anordnungen der Landeswehr, so werden diese Mordkolonnen genannt, wird mit dem Tode bestraft, und zur Vollstreckung ist jeder SA-Mann, gleich an welchem Orte berechtigt. Daß aber diese Landsknechtsnaturen alle um jeden Preis unter ihr faschistisches Schreckensregiment bringen wollen, beweist, daß nach den „Richtlinien für eine Sicherung

der Ernährung der Bevölkerung“ nur der Naturalien- und Verpflegung bekommen soll, der sich ihm unterwirft. Ueber alle vorhandenen Lebensmittel verfügt die Führung der SA-Landeswehren. Jeder Erzeuger, Fabrikant und Händler hat seine Bestände an Lebensmitteln der „Führung“ anzugeben, die allein über die Verteilung zu entscheiden hat. Todesstrafe droht auch dem, der diese Anordnungen umgeht. Alle Personen beiderlei Geschlechtes über 16 Jahre haben sich bei ihrer zuständigen Bürgermeisterei zu melden, wo die Zuteilung der Lebensmittel gegen Lebensmittelfkarten erfolgt.

Die Dokumente zeigen, daß die Hitlerpartei zum Bürgerkrieg wohlgerüstet ist. Dieses Verbrechergesindel will mit Hilfe der SA-Landsknechte die Arbeiterschaft niederkartätschen, die Todesstrafe gegen das Streikrecht verhängen und jede freiheitliche Regelung mit blutigem Terror unterbinden. Lebensmittel soll nur derjenige haben, der sich diesem System unterwirft oder er kann verrecken! Die Arbeiterschaft aber wird sich um ihre Gewerkschaften sammeln, die den Kampf neben den politischen Parteien gegen dieses Verbrechergesindel führen. Noch ist es nicht so weit, daß an Häusern und in den Straßen die faschistischen Proklamationen angeschlagen werden und die entmenschten Horden ihre Bartholomäusnacht und die „Nacht der langen Messer“ durchführen. An der Einigkeit und Geschlossenheit der Arbeiterschaft müssen diese Mordheger zerschellen! Die Arbeiterschaft ist noch nie überwunden worden, wenn sie einig war, und sie wird auch diesmal nicht überwunden!

## Wie heißt der Feind?

Die politische Situation hat sich in den letzten Wochen erheblich verschärft. Es hat fast den Anschein, als ob diese Entwicklung zu Auseinandersetzungen treibt, die keinesfalls mit friedlichen Mitteln ausgeglichen werden. Es ist nicht die Arbeiterschaft, die derartige gewalttätige Auseinandersetzungen herbeiführen will; es sind vielmehr die nationalsozialistischen Kapitalsöldlinge, die unter der Parole: „Wir oder der Bolschewismus“, Vorbereitungen treffen, um die Arbeiterschaft ins Sklavendasein zurückzuführen. Mit dieser Parole ist es den Nazis gelungen, sich dem Bürgertum erfolgreich als die Hüter des Eigentums zu präsentieren. In ihrer grenzenlosen Angst um Besitz und Vermögen hat dieses Bürgertum, wie die heftigen Wahlen es beweisen, diese Hilfe als einzige Rettung akzeptiert. Der Bolschewistenschreck hat damit seinen Zweck erfüllt, obwohl gegenwärtig alles andere näher liegt als ein bolschewistisches Deutschland. Auch in Zukunft dürfte kaum Aussicht auf die Verwirklichung eines Sowjetdeutschlands bestehen aus dem einfachen Grunde, weil die entsprechenden Voraussetzungen in Deutschland fehlen.

Dieser Bolschewistenschreck und die daraus sich ergebenden Wahlergebnisse haben aber noch viel weitergehende Dinge zur Folge. Von den Anhängern der Nazis wird nämlich verlangt, daß diese sich mit oder ohne Gewalt die Staatsgewalt aneignen. Diesem Verlangen ist, wie die letzten Tage bewiesen haben, durch Fertigstellung präziser Bestimmungen für den Fall der Machtübernahme zum Teil Rechnung getragen worden. Viel wichtiger noch als dies ist jedoch, daß die gesamte Arbeiterschaft aufgerüttelt wurde, denn sie ist in erster Linie bedroht.

Beklagenswert in dieser Situation ist die Tatsache, daß die Arbeiterschaft in sich zerrissen den ihr drohenden Gefahren gegenübersteht. Auch heute noch halten es die Führer der Kommunisten für richtig, ihre Spaltertätigkeit fortzusetzen. Sie verwenden zu diesem Zweck nach wie vor das Schlagwort Einheitsfront. Daß dieses Schlagwort nur verwendet wird, um die Arbeiterschaft zu täuschen, hat die „Rote Fahne“ selbst verraten, als sie wörtlich schrieb: „Was ist Taktik der Einheitsfront? Man muß ein für allemal begreifen, daß für die kommunistische Internationale die Taktik der Einheitsfront nur eine Methode der Agitation unter den Arbeitern ist, eine Methode, die gerade der gegebenen Epoche angepaßt ist.“ Einheitsfront im Sinne der Kommunisten heißt also nichts weiter als Agitation für die kommunistische Partei.

Diese Feststellung findet ihre Bestätigung in dem Augenblick, wo die Kommunisten beweisen sollen, daß es ihnen um die Einheitsfront der Arbeiterschaft ernst ist. Als von Seiten der Sozialdemokratischen Partei die Anregung ausging, angesichts der faschistischen Gefahr das Trennende zwischen der SPD. und KPD. zurückzustellen und alle Kraft auf die Bekämpfung des Faschismus zu konzentrieren, wurde mit aller Deutlichkeit offenbar, was von dem Einheitsfrontgeschrei der Kommunisten zu halten ist. Für sie ist nicht der Faschismus, der die Arbeiterschaft in jeder Hinsicht entrechtet wird, die Gefahr, sondern Hauptgefahr für die Arbeiterschaft ist nach Ansicht der „Roten Fahne“ die Sozialdemokratie. Nach den Gedankengängen dieser Zeitung würden also die Millionen Arbeiter, die Anhänger der Sozialdemokratie sind, für sich selbst eine Gefahr darstellen. Gibt es noch etwas Berrückteres als eine solche Argumentation?

Wir glauben, daß es der Gipfel der Verdrehungskunst ist, den sich hier die kommunistischen Führer geleistet haben. Mit uns ist auch die Arbeiterschaft dieser Überzeugung, die es mit der Einheit aller Arbeiter ernst meint. Einheitsfront kann niemals bedeuten, daß sich die Millionen Arbeiter, die die kommunistische Parteilichkeit heute noch ebenso wie früher ablehnen, der kommunistischen Führung unterordnen. Eine Einheitsfront im Kampfe gegen den Faschismus kann sich nur beschränken auf gemeinsame verantwortungsvolle Zusammenarbeit. Der überwiegende Teil der Arbeiterschaft weiß, daß jeder Mißerfolg im Abwehrkampf der Arbeiterbewegung schadet. Sie weiß auch, daß bei völligem Mißlingen des Abwehrkampfes SPD den Hauptfeind der Arbeiterschaft erblicken, nach nach Rußland in Sicherheit bringen werden. Deshalb wird die Arbeiterschaft den Abwehrkampf gegen den Faschismus so führen, daß der Erfolg gesichert ist, nämlich unter Führung der Sozialdemokratie.

### Wichtiges Urteil aus der Mühlenindustrie

In dem Mühlengroßunternehmen der Beklagten befinden sich 48 Walzenstühle, davon 36 im Erdgeschloß und 12 im Obergeschloß. Die gesamte Überwachung der Anlagen sowie die Behebung vorkommender Störungen nebst Auswechslung der Walzen, die alle ein bis zwei Jahre herausgenommen und überholt werden müssen, liegt dem Walzenstuhlführer ob. Der Kläger, als gelernter Müller, übte in letzter Zeit die Tätigkeit als Walzenstuhlführer aus. Er ist Mitglied des Betriebsrats. Am 28. August 1931 war der Kläger gemeinsam mit dem Müller E. vom Obermüller beauftragt, die Bedienung der im Erdgeschloß im Betrieb befindlichen 36 Walzenstühle zu übernehmen und gleichzeitig mehrere Doppelwalzen auszuwechseln. Während der Kläger und der Müller E. damit beschäftigt waren, eine Walze einzulegen, riß bei einer im Betrieb befindlichen Speisewalze der Riemen. Dieser Walzenstuhl unterstand der Säuberung des Zeugen E., der diesen Schaden bemerkte und behob, um dann zum Kläger zurückzukehren und die Arbeit an dem auszuwechselnden Walzenstuhl fortzusetzen. Bei einem späteren Kontrollgang bemerkte der Obermüller, daß wiederum an derselben Walze der Treibriemen gerissen war und die Speisewalze sich heiß gelaufen hatte. Infolge Vorhaltungen des Obermüllers, der dem Kläger grobe Pflichtverletzung vorwarf, kam es zu Auseinandersetzungen, die am 29. August 1931 zur fristlosen Entlassung des Klägers führten. Der Kläger bestreitet, einen Grund zur fristlosen Entlassung gegeben zu haben. Er sowie der Zeuge E. seien durch Übertragung von Nebenarbeiten durch den Obermeister stark an der Beaufsichtigung der Walzenstühle behindert gewesen. Dieses Arbeitssystem habe in den letzten Jahren dazu geführt, daß die Walzenstühle oft stundenlang ohne die notwendige Aufsicht gelaufen seien. Beschwerden an die Betriebsleitung mit dem Hinweis, daß die Belegschaft im Falle irgendwelcher Vorkommnisse die Verantwortung ablehnen müsse, blieben unberücksichtigt. Auch sei zehn Minuten vor der Kontrolle durch den Obermüller der Treibriemen von dem Zeugen E. ausgebessert worden. Da er seine Arbeiten pflichtgemäß erledigt habe, liege kein Grund zur Entlassung im Sinne des § 123 der Gewerbeordnung vor. Ferner habe die Beklagte zu einer Kündigung die Zustimmung der Betriebsleitung bedürft. Diese sei nicht eingeholt, deshalb stehe ihm bis zum Tage der Weiterbeschäftigung sein Wochenlohn zu.

Der Klageantrag lautete:

1. festzustellen, ob die ausgesprochene Kündigung wirkungslos ist, 2. die Beklagte zu verurteilen, an den Kläger als Lohn bis zum Arbeitstage 252 Mark zu zahlen.

Die Beklagte beantragte:

Klageabweisung.

Sie behauptete, daß die fristlose Entlassung nach § 123 Ziffer 3 und 4 der Gewerbeordnung begründet sei. Sie erblickt in dem Verhalten des Klägers ein leichtfertiges Vorgehen und behauptet, daß der Kläger bereits des öfteren die Walzen eines Walzenstuhls habe heißlaufen lassen. In dieser Vernachlässigung liege eine große Gefahr, die dazu führe, Mehlstaubexplosionen oder größere Brände zu verursachen. Es sei ihr auch nicht bekannt, daß der Kläger sich über die Arbeitsweise des öfteren beschwert habe. Von der Zustimmung zur Kündigung durch das Arbeitsgericht laut § 97 des Betriebsrätegesetzes habe die Beklagte deshalb Abstand genommen, da sie aus Sicherheitsgründen die fristlose Entlassung als gerechtfertigt angesehen habe.

Das Gericht sagte in seinen Entscheidungsgründen folgendes:

Die Zustimmung zur Kündigung des Klägers ist nach § 96 des Betriebsrätegesetzes nicht erteilt. Der Behauptung des Beklagten, daß die Voraussetzung des § 123 Ziffer 3 und 4 der Gewerbeordnung gegeben sei, kann sich das Gericht nicht anschließen. Ein unbefugtes Verlassen der Arbeit im Sinne des § 123

Ziffer 3 der Gewerbeordnung setze ein unbefugtes Wegbleiben von der Arbeit voraus. Das Bewußtsein der Pflichtwidrigkeit seiner Handlungsweise war bei dem Kläger nicht vorhanden. Beharrliche Arbeitsverweigerung könne dem Kläger nicht zur Last gelegt werden, sondern nur Vernachlässigung der erforderlichen Obacht der seiner Obhut anvertrauten Maschinen.

Die Frage, ob in dem Verhalten des Klägers eine beharrliche Verweigerung der ihm obliegenden Verpflichtungen liege, muß trotzdem verneint werden. Eine beharrliche Pflichtverletzung setzt eine vorsätzliche, bewußte und rechtswidrige Handlungsweise voraus. Von einer solchen Handlungsweise kann nicht die Rede sein. Das Verhalten des Klägers war unbedingt durch die ihm übertragenen Nebenarbeiten, durch das Auswechseln von Walzen — eine erhebliche Nebenarbeit — mit einem größeren Zeitaufwand verbunden. Die Beklagte muß nach Auffassung des Gerichts das Auswechseln der Walzen in anderer Weise bewirken lassen.

Wie durch die Aussage des Zeugen E. erwiesen ist, haben die beiden, der Kläger wie auch der Zeuge, in der betreffenden Nachmittagschicht Kontrollgänge ausgeführt. Die Frage, ob der Kläger sich eines Verstoßes gegen die Bestimmungen des § 123 Ziffer 4 der Gewerbeordnung schuldig gemacht hat, wird ver-

### Keine Restbeiträge im neuen Jahr!

Am 5. Dezember ist der 50. Wochenbeitrag fällig

neint. Unter einem unvorsichtigen Umgehen mit Feuer und Licht im Sinne des Gesetzes kann ein derartig gelagerter Fall wie der vorliegende nicht verstanden werden. Somit war dem Klageantrag des Klägers entsprechend zu erkennen und die Beklagte zu verurteilen.

Mit diesem Urteil wurde entschieden, daß Zeugarbeiter, die oftmals mit vielerlei Nebenarbeiten beschäftigt werden, für Störungen an ihrem gangbaren Zeug nicht verantwortlich sein können. Die Mühlenbetriebe sind derartig überakkumuliert, daß Nebenarbeiten von Zeugarbeitern nicht verlangt werden können.

### Ein Jahr

### der Abwehr im Gau Magdeburg

Mit Beginn dieses Jahres sind die Unternehmer in der Nahrungsmittel- und Getränkeindustrie scharf in das Lager der Lohnabbaubefürworter eingeschwenkt. Es folgten Massenentlassungen von Lohn- und Manteltarifen. Das Geschrei der Unternehmerpresse, die Löhne müssen herunter, die Vergünstigungen in den Mantelverträgen müssen beseitigt oder abgebaut werden, wenn die Wirtschaft nicht vor die Hunde gehen soll, hat ihren Zweck erfüllt.

Auch im Gau Magdeburg herrscht Hochkonjunktur im Lohnabbau. Bei den meisten Kündigungen der Verträge wurde nicht einmal angegeben, welche Forderungen die Unternehmer zu stellen haben. Das erfahren wir meistens erst bei den Verhandlungen. Je nach Stimmung der Syndikats wurden 10, 12, 15 Proz. und noch mehr Lohnabbau verlangt. Die Begründung war immer sehr dürftig. In erster Linie mußte der gesunkene Index für die Lebenshaltungskosten herhalten. Wenn auch einzelne bessere Lebensmittel und Bedarfsgegenstände, die sich der Arbeiter schon früher nicht kaufen konnte, im Preise etwas gesunken sind, so wissen wir doch, daß in der Hauptsache die fixen Kosten, die in einem Arbeiterhaushalt entstehen, nicht gesunken sind, so z. B. die Wohnungsmieten, die Fahrten zur Arbeitsstelle hin und zurück, Versicherungsbeiträge usw. Auch die Steuern sind ganz beträchtlich erhöht, und die Abgaben für Sozialbeiträge sind von 9 und 10 Proz. im Jahre 1929 auf 13 und 14 Proz. im Jahre 1930/31 geklettert.

Die Lohnkürzungen gehen also nur auf Kosten der Ernährung und der Bekleidung und sonstigen Kultur Ausgaben. Mit derartigen Argumenten die Arbeitgeber in die Enge getrieben, erklären sie oftmals, wir sehen ja ein, daß ein Lohnabbau die Arbeiterschaft schwer trifft, aber unsere Unkosten sind zu hoch, die müssen wir senken, wenn wir noch bestehen wollen.

Aus der Einstellung der Arbeitgeber ersieht man, daß sie außer Lohnabbau keinen anderen Weg wissen, ihre Unkosten zu senken. Daß hierbei die Kaufkraft der Massen auf ein Minimum heruntergedrückt wird, spielt dabei keine Rolle.

Die Lohnabzüge in unseren Industrien waren sehr verschieden. In der Brauindustrie sind gewöhnlich Lohnkürzungen von 2 bis 3 Mk. pro Woche zu verzeichnen. Unsere Kollegen in der Brauindustrie haben vor allen Dingen unter dem starken Absatzrückgang zu leiden. Um Entlassungen zu vermeiden, ist fast in allen

Betrieben die 40-Stunden-Woche oder 5-Tage-Woche eingeführt. Um einen Lohnausgleich ist stellenweise schwer gerungen worden. Die Brauindustrie hat unter dem herrschenden Steuersystem, Arbeitslosigkeit und der verminderten Kaufkraft der Massen zu leiden. Das sehen unsere Kollegen in den Betrieben ein, sie sehen aber nicht ein, daß nur sie allein diejenigen sein sollen, die Opfer bringen.

In der Mühlenindustrie bewegten sich die Abzüge zwischen 1 und 2 Mk. pro Woche. Hier sind niedrige Löhne noch vorherrschend. Im Magdeburger Bezirk gingen die Mühlen selbstherrlich zum Lohnskandal über, das teilweise durch unsere Kollegen abgemehrt werden konnte. So erklärte die Mühle Künzingen, eine der größten Mühlen des Reiches, daß sie nicht eher ruhe, bis sie die Vorkriegslöhne wieder hätte. Dabei zahlt diese Mühle derart niedrige Löhne, daß das Existenzminimum unterschritten ist. Auf der anderen Seite weist die Mühle bilanzmäßig Riesengewinne auf. Trotz starker Abschreibungen verteilte diese Mühle in den letzten Jahren nicht unter 10 Proz. Dividende an die Aktionäre.

Auch die Arbeitgeber in der Fleisch- und Wurstwarenindustrie dürfen natürlich nicht fehlen. Wenn man den Fleisch- und Wurstwarenfabrikanten glauben dürfte, so geht es ihnen ja schlecht, daß sie schon morgen die Betriebe schließen müßten. Offensichtlich ist es, daß die Fleisch- und Wurstwarenindustrie unter den außerordentlich niedrigen Viehpreisen noch gut verdient; denn aus den Kleinhandelspreisen kann man keineswegs schließen, daß die Viehpreise so niedrig sind und daß die Löhne abgebaut sind. Aber auch hier hörte man immer wieder bei den Verhandlungen, wir müssen unsere Unkosten senken, wenn wir konkurrenzfähig bleiben wollen. Das Kapitel „Unkosten“ ist mittlerweile zu einem Schlagwort geworden. Allein die Löhne der Arbeitnehmer sollen herhalten, um die Unkosten zu senken, obwohl anderweitige Möglichkeiten zum Sparen vorhanden sind. So sind die Löhne abgebaut worden in den Fleischwarenfabriken in Hannover, Braunschweig, Halberstadt, Osterleben um 3 bis 6 Mk. pro Woche. Einige Fleischwarenfabriken rühten schon erneut zum Kampf und fordern einen zweiten Lohnabbau.

Selbstverständlich haben in diesem Abbaureigen die Innungen in dem Bäcker- und Fleischerhandwerk mit wenigen Ausnahmen nicht gefehlt.

Ganz empfindlich sind die Kolleginnen und Kollegen in den Süßwarenbetrieben von dem Lohnabbau betroffen worden. Gerade den Kollegen, die am meisten durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit bisher betroffen worden sind, hat man die Löhne zweimal um 4 Proz. gekürzt. Die Schokoladenfabrikanten sind in ihren Ansprüchen unerfüllt.

Angeichts dieser Lage muß trotzdem betont werden, daß für unsere Kollegen kein Anlaß zum Verzweifeln besteht. Schon häufen sich die Stimmen aus Unternehmerkreisen, daß die Rettung der Wirtschaft nicht nur durch Lohnkürzungen möglich ist. Gerade die Unternehmer in der Nahrungsmittel- und Getränkeindustrie sind in erster Linie von der Kaufkraft der breiten Masse abhängig, und es wird der Tag kommen, wo die Herrschaften einssehen, daß sie nur den Aft abfagen, auf dem sie sitzen. Unseren Kollegen in den Betrieben aber muß gesagt werden, was würden die Arbeitgeber mit den Löhnen, was würden die Arbeitgeber mit den Tarifverträgen gemacht haben, wenn hier nicht die Organisation gewesen wäre. Nur mit Hilfe der Organisation war es möglich, unsere Kollegen vor größerem Schaden zu bewahren. Die Lohnabbaubestrebungen der Arbeitgeber auf ein Minimum herabgedrückt zu haben, ist ohne weiteres ein Erfolg. Es wird die Zeit kommen, wo die Arbeiterschaft ihre Organisation nötiger hat denn je. Sollen wir die verlorengegangenen Positionen wieder zurückgewinnen, so kann dies nur durch eine starke und festgefügte Organisation möglich sein. Dieserhalb ist unbedingte Treue zur Organisation Voraussetzung. Die Unternehmer wollen die Arbeiterschaft zermürben; das darf ihnen unter keinen Umständen gelingen. Die Arbeiterschaft wird diesen Kampf bestehen, wenn sie die Herzen nicht verliert.

Deshalb rufen wir unseren Kollegen zu: nicht wankend werden, die Arbeiterschaft hat schon Schlimmeres erduldet. Sie wird auch in diesen Auseinandersetzungen der Sieger bleiben, wenn sie treu und fest zu ihrer Organisation hält. U. Thauer.

### Verband ist Macht!

Die Kritiker denken gern an andere, nicht aber an sich selbst!

Es gibt noch eine recht große Zahl von denen, die in unseren Berufsgruppen arbeiten, aber leider noch nicht erkannt haben und nicht erkennen wollen, daß zur Verbesserung der Lebenslage die Geschlossenheit aller berufstätigen Arbeitnehmer gehört. In Wort und Schrift wurde sehr oft versucht, diese Kollegen und Kolleginnen zu überzeugen, daß diese Geschlossenheit nur in der freigewerkschaftlichen Organisation zur Durchführung gebracht werden kann. Die vielen Bemühungen sind nicht erfolglos geblieben. Lautende

sind Mitglieder geworden, haben sich inzwischen überzeugt, was es heißt, organisiert zu sein und Verbandsmacht zur Geltung zu bringen. Je größer die Macht, desto größer der Erfolg. Und welche Erfolge der Verband bisher zu verzeichnen hat, das ist speziell in der „Einigkeit“ Nr. 45 zum Ausdruck gebracht. Zugleich ist aber daraus zu ersehen, wieviel Mühe und Opfer es gekostet hat, um diese Erfolge zu erzielen. Ebenso geht hervor, daß tausende Kollegen und Kolleginnen Nutznießer dieser Erfolge sind, obwohl sie dem Verbande noch fernstehen. Der einzelne glaubt, es gehe auch ohne ihn. Wollte aber jeder so denken, dann gäbe es keinen Verband. Wie sähe es dann erst um die Lohn- und Arbeitsbedingungen und die sozialen Verhältnisse aus? Das entspräche ganz dem Willen der Unternehmer, denen bekanntlich der Verband „Greuel ist, eben weil er der Schutzwall der Arbeitnehmer ist.“

Die Alten, von denen ein gut Teil schon bis zu 40 Jahren und darüber Verbandsmitglieder sind und treu und brav am Auf- und Ausbau des Verbandes mitgewirkt haben und noch mithelfen, sie zeigen, was es heißt, Gewerkschafter zu sein. Fragt sie nur, wie es in ihrem Berufsverhältnis aussah, als sie Mitglied wurden; sie werden erzählen, wie sie ausgebeutet worden sind, bei unregelmäßiger Arbeitszeit bis zu 16 Stunden täglich, Sonn- und Feiertags bis zu 10 Stunden, bei Löhnen und Behandlungen, die jeder Beschreibung spotten. Diese alten Mitglieder wissen am besten, wie etappenmäßig Erfolg auf Erfolg erkämpft werden mußte, sie wissen auch, was es heißt, Solidarität zu üben und Opfermut aufzubringen. Sie haben die Bahn geschaffen, auf der vorwärts zu kommen ist.

Die jüngeren Mitglieder zeigen gleichfalls, daß sie das Verbandsleben zu würdigen wissen, wenn sie mitarbeiten, die Alten von der Verbandsstätigkeit ablösen und in der Werbetätigkeit nicht erlahmen. Der Verband ist auch ihnen Lebenswerk und Existenzfrage. Sie alle wissen, daß der einzelne zu schwach ist, daß Geschlossenheit und Gemeinschaftsarbeit im Verband Pflicht ist.

Und die vielen Unorganisierten? Welches Beispiel nehmen die sich? Danach gefragt, wissen sie allerlei Gründe und Ausreden. Sogar an Kritik lassen sie es oft nicht fehlen. Diese Art Kritiker denken gern an andere, nicht aber an sich selbst. Zu zeigen, wie es besser zu machen sei, wäre ihnen doch möglich, wenn sie selbst Mitglied werden. Sie dazu zu bewegen, ist die Aufgabe aller Mitglieder. Nicht jeder Unorganisierte ist unzugänglich zu einer Aussprache über Zweck und Nutzen des Verbandes. Zumeist ist es Interesslosigkeit und Unerfahrenheit, die viele zurückhält, aber gerade deshalb gehört Geduld und Ausdauer dazu, sie in die Reihen der Verbandsmitglieder zu bekommen.

Die Macht der Unternehmer stützt sich hauptsächlich auf die Unorganisierten und Gleichgültigen. Die Unternehmer sind gewiß gut organisiert und zeigen gleichfalls, daß auch ihre Organisation ein Machtfaktor ist. Sie wissen genau, daß es ohne Organisation nicht geht. Sie wenden sogar Druck und Gewalt an gegen Unorganisierte in ihren Reihen, schädigen sie sogar, wo sie irgend die Möglichkeit dazu haben. Der unorganisierte Arbeitnehmer soll aber

durch Überzeugung und freien Willensentschluß in unsere Reihen gebracht werden.

Und die Unorganisierten? Auch sie sollen überzeugt werden, daß die Einheitsorganisation das Beste und Nützlichste ist und daß jede Zersplitterung nur schädlich ist. In der Einigkeit und Geschlossenheit liegt die Macht.

Die Unterstützungseinrichtungen im Verband zeigen gleichfalls die Macht des Verbandes. Keine Organisation in unserem Berufsverhältnis kann solche segensreichen Einrichtungen aufweisen. Millionen Mark zahlt der Verband alljährlich an seine Mitglieder an Unterstützungen. Jungen und alten Mitgliedern wird auch damit geholfen.

Um wieviel hätte aber alles besser sein, wenn, ja wenn alle unsere beruflichen Arbeitnehmer Verbandsmitglieder wären. Dieser Ruf muß immer wieder erklingen. Die Zukunft mahnt zur Besonnenheit, zur Einigkeit, zur Einigkeit und zum Beitritt in den Verband.

### Arthur Schuldt

### 25 Jahre Verbandsangestellter

Am 1. Dezember 1906 wurde Kollege Schuldt als Geschäftsführer der Sektion II des Brauerverbandes in Berlin angestellt. Damals waren die in den Brauereibetrieben beschäftigten Kollegen noch nicht in einer gemeinsamen Ortsgruppe vereinigt. Die im Fuhrpark beschäftigten Kollegen hatten ihre besondere Ortsgruppe in der Sektion II, und erst nach der Anstellung wurde mit Erfolg daran gearbeitet, daß bereits wenige Monate später beide Sektionen vereinigt werden konnten. Hierbei hat sich der Jubilar mit anderen führenden Kollegen große Verdienste erworben.



Unser Jubilar hatte keine freudvolle Jugend. Er mußte bereits als Schuljunge tüchtig mit zum Unterhalt der Familie beitragen. Nach seiner Schulentlassung erlernte er die Glasmalerei, jedoch blieben ihm durch die technischen Erfindungen die Freuden in seinem Beruf vorbehalten. Lange Arbeitslosigkeit zwang ihn, anderweitig Arbeit zu suchen, die er auch als Mitarbeiter in der Schloßbrauerei Berlin-Schöneberg fand. Für ihn war es eine Selbstverständlichkeit, daß er sich seiner gewerkschaftlichen Organisation angeschlossen und aktiv an dem Ausbau mitarbeitete. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen ließen damals noch außerordentlich viel zu wünschen übrig. Lange und unregelmäßige Arbeitszeit, auch des Sonntags, schränkten sehr stark die Freizeit ein. Wir sehen unseren Jubilar bald an der Spitze seiner Berufskollegen, die ihm Vertrauen schenken und als Angestellten der Organisation wählen. Nach der Vereinigung beider Sektionen bekleidete der Jubilar den Posten als zweiter Vorsitzender bis zum Jahre 1913, als er als Sekretär in die Redaktion des Verbandes berufen wurde.

Nach Beendigung des Krieges wurde Kollege Schuldt die Leitung der Unterstützungsabteilung im

Verbandsvorstand übertragen. Eine wichtige Aufgabe fiel ihm zu, die er mit großem Eifer tätigte.

Aber nicht nur in seiner Berufsorganisation ist unser Jubilar an verantwortungsvoller Stelle tätig. Seit 1906 gehört er dem Ausschuß und seit 1914 dem Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin-Schöneberg-Friedenau an. Seit 1921 ist er Vorsitzender dieser Krankenkasse und Schriftführer des Vorstandes im Verbands der Krankenkassen im Bereiche des Oberverwaltungsamtes Berlin.

In der Sozialdemokratischen Partei, der er ebenfalls lange Jahre angehört, wurde ihm das Ehrenamt als Stadtverordneter im Jahre 1918 übertragen und seit 1920 fungiert er als unbesoldeter Stadtrat des Bezirks Berlin-Tiergarten. In all seinen Stellungen finden wir unseren Jubilar als stets gewissenhaften und pflichttreuen Genossen, getragen von dem hohen Bewußtsein der arbeitenden Klasse zu dienen. Wir wünschen unserem Jubilar noch viele Jahre die Erhaltung seiner Arbeitskraft im Dienste unserer Organisation und der allgemeinen Arbeiterbewegung. Möge ihn sein sonniger Humor auch in diesen ersten Zeiten nicht verlassen und möge er stets eingedenk sein, daß durch seine pflichtgetreue Mitarbeit der Kollegenschaft gedient wird.

### Soll alles vergessen werden?

Wer heute Versammlungen besucht, seien sie gewerkschaftlicher oder politischer Natur, hört immer wieder den Vorwurf: Die Sozialdemokraten hätten, als sie die Macht hatten, alles anders machen sollen. Ist dieser Vorwurf berechtigt?

Als 1918 das Kaiserreich zusammenbrach und die Sozialdemokraten den Trümmerhaufen übernahmen, hatten sie keine 50 Proz. der Wähler hinter sich. Die Industrie mußte sich erst wieder von der Kriegs- auf die Friedensproduktion umstellen. Im ganzen Reiche war Mangel an Lebensmitteln und Kartoffeln, ein Hauptnahrungsmittel für die Arbeiterklasse, war überhaupt nicht vorhanden. Die Hungerblockade, die im Kriege Tausende dahintraffte, blieb bestehen. Wohlwollende neutrale Staaten haben halbverhungerte Kinder in Pflege genommen. Es war deshalb die erste Aufgabe der Sozialdemokraten, vorhandenes Leid zu lindern, Nahrung zu beschaffen, die Industrie in Gang zu bringen. Ihre Parole war Arbeit und Brot; jeder Staat trägt seine Kriegskosten selbst! Die Sieger aber ließen in ihrem Siegestaumel die Blockade weiter bestehen, sperrten unsere Grenzen und verlangten Tausende von Maschinen, Eisenbahnwagen, Geräte, Pferde, Vieh, kurzum alles, was im Kriege bei ihnen kaputt gegangen war. Deutschland mußte das alles liefern, und jede Weigerung, jede Verzögerung wurde durch neue Repressalien beantwortet. Das deutsche Volk mußte auslöfen, was ihnen die Kriegsheer und Kriegstreiber, die heute in der Nationalsozialistischen „Arbeiterpartei“ eine große Rolle spielen, die ehemaligen Prinzen, Fürsten und Generale, eingebracht hatten. Es war daher damals die erste Aufgabe der

### Schultheiß in der Geschichte Berlins

Von Roesicke zu Katzenellenbogen.

Im Jahre 1864 verkaufte Jobst Schultheiß seine Brauerei an den Kaufmann Adolf Roesicke, der die Leitung des Unternehmens seinem damals noch nicht 20 Jahre alten Sohne Richard Roesicke übertrug. In jenem Jahre, also 1864, war das Schultheißsche Unternehmen gerade noch als Mittelbetrieb anzusprechen, ohne jede Verwendung maschineller Kraft, aber als fast 40 Jahre später, 1903, Richard Roesicke die Augen schloß, da stand die Schultheiß-Brauerei als ein Weltunternehmen da, mit der unbestrittenen Führung in der norddeutschen Brauindustrie, mit einer finanziellen Fundierung von vorbildlicher Solidität und einer maschinellen Ausrüstung, die alles benutzte, was die junge Technik des Brauwesens ersonnen hatte.

Als wir dieser Tage mit den Schultheiß-Arbeitern in die Kantine gingen und uns für 30 Pfennig eine große Schüssel mit Roulade, Gemüschsalat, Kartoffeln, Gurkenscheiben und einer halben Tomate geben ließen, da sagten die Arbeiter, daß das auch das Werk Roesickes wäre, dieses Mittagessen für 30 Pfennig und als wir zurückfragten, ob sie denn den alten Roesicke noch gekannt haben, da meinten sie beinahe etwas pikiert: „Na, ob wir ihn gekannt haben!“ Alle haben sie ihn gekannt, wenn der kleine Mann mit dem Spitzbart durch den Betrieb ging und in jede Ecke sah, sich Notizen auf seiner Manschette machte, jener Mann, der immer noch Zeit hatte, als freisinniger Abgeordneter den Wahlkreis Dessau im Deutschen Reichstag zu vertreten. Sein Gegenspieler in der Politik war sein Bruder Dr. Gustav Roesicke, jener Vorsitzender vom Bund der Landwirte, der als Konservativer gleichfalls im Deutschen Reich-

tag saß. Dabei waren es nicht die uninteressantesten Tage im Parlament, wenn an der Redner tafel hinter dem Präsidentensitz die Namen beider Roesicke aufgezogen wurden, wobei — zuletzt 1902 — der konservative Bruder Gustav für die Zollvorlage und der freisinnige Bruder Richard gegen die Zollvorlage sprach. Einundzwanzig Jahre hat dann noch der Gustav den Richard überlebt, als der erstere seine Unterschrift unter die Rentenbankscheine gesetzt hatte, legte sich der alte Mann hin, um zu sterben.

### Bayrisch Bier in der Weißbierstadt.

Um die Mitte des vorigen Jahrhunderts war es noch ein Wagnis, in Berlin, der Stadt des Weißbiers, bayrisch Bier zu brauen. Den Anfang damit hat im Jahre 1842 der Apotheker August Heinrich Prell gemacht, der im Hause Neue Jakobstraße 26 einen Brauereibetrieb einrichtete mit eigenem Sudhaus nebst Kühlschiff, was für die damalige Zeit, wo sich die Berliner Brauereien noch mit einigen Kufen, einem Kessel und ein paar Fässern als einzigen Geräten behelfen, etwas bedeutete. Dieser Apotheker aus der Neuen Jakobstraße 26 schenkte sein Bier auch gleich aus und als er starb, ging sein Unternehmen an den Herrn Jobst Schultheiß über, der dann mit einen 10 000 Hektolitern bayrisch Bier, die er 1866 braute, dem untergärigen Bier endgültig seinen Platz in der Reichshauptstadt erobert hatte. Neben dem Herrn Schultheiß wurde das im Jahre 1855 gegründete Unternehmen des Herrn Georg Patzenhofer, der seinen Laden in der Neuen Königstraße hatte, groß und größer.

Es ging beiden Unternehmen gut, bei Schultheiß sank von 1896 bis 1913 die Dividende nie unter 14 Proz. und die Patzenhofer-Brauerei konnte in der gleichen Zeit auch immer Dividenden herauswirtschaften, die zwischen 11 und 15 Proz. lagen. Bereits am 20. August 1904 konnte man bei Schult-

heiß den Tag festlich begehen, an dem zum ersten Male innerhalb eines Jahres eine Million Hektoliter Bier zum Ausstoß gekommen waren und im letzten Geschäftsjahr vor dem Weltkrieg war die Produktion auf 1 700 000 Hektoliter Bier gestiegen. In jedem Jahr 1913 konnte dann auch die Patzenhofer-Brauerei erstmalig einen Jahresabsatz von einer Million Hektolitern Bier erzielen, nachdem man sich 1871 noch mit knappen 30 000 Hektolitern begnügen mußte.

Im gleichen Schritt und Tritt mit dieser enormen Steigerung der Produktion ging die Ausdehnungspolitik beider Brauereien, die heute als Schultheiß-Patzenhofer Brauerei-A.-G. zusammengeschlossen allein in ihren Berliner Betrieben über 3000 gewerblichen Arbeitern Lohn und Brot geben, wozu noch 1000 Angestellte kommen dürften. 1891 ging die Tivoli-Brauerei in Schultheiß auf, dann die Brauerei „Zum Waldschlößchen“ in Dessau (1896), Borussia-Brauerei in Niederschöneweide (1898), Brauerei Pfeiferhof in Breslau (1910) und schließlich die Berliner Unions-Brauerei, die im Februar 1914 mit dem Schultheiß-Unternehmen fusioniert wurde. Nicht viel geringer war die Ausdehnungspolitik bei Patzenhofer, die 1887 die Leusche Brauerei in Spandau ankaufte, im gleichen Jahr noch die Schloßbrauerei in Fürstenwalde dazu und 1900 erfolgte die Fusion mit der Aktienbrauerei Moabit.

### Mancherlei Gutes hatte der alte Roesicke geschaffen.

Wir fragten dann die Arbeiter von Schultheiß-Patzenhofer, ob sie denn auch einmal den Herrn Ludwig Katzenellenbogen zu Gesicht bekommen hätten. „Nein“, sagten sie, „den hat noch keiner gesehen, was soll denn der auch hier, der kann doch kein Bier brauen.“ Und die Arbeiter fügten hinzu, daß sie allerdings insofern etwas vom

neuen Männer im neuen Deutschland, Arbeit zu beschaffen, den Hunger zu stillen und Deutschlands Willen zum Frieden zu beweisen. Es galt weiter, den Siegerstaaten zu beweisen, daß der Friedensvertrag konnte aber nicht geschehen mit Hebanche, nicht mit „Siegreich wollen wir Frankreich schlagen“.

Trotzdem behaupten die Nazis und Nazis immer wieder, das ist alles nichts, was die Sozialdemokraten in Deutschlands traurigster Zeit geleistet haben, denn das letztere leider richtig ist, so liegt die Ursache nicht zuletzt an ihrem Treiben, das uns immer mehr jeden das deutsche Volk noch mehr hungern und darben läßt. Die Unternehmer würden sehr bald die Harzburger Parole in die Tat umsetzen und mit Hilfe der Nazis, „Arbeiter“ die gewerkschaftlichen, politischen und genossenschaftlichen Organisationen zerschlagen um noch weiteren Profit aus dem Volke herauszuschinden.

Es wäre ein Leichtes, den Nazis die Macht zu überlassen. Nach außen würden sie sich ebenso selbe nehmen wie 1918, nach innen aber würden sie als Lakaien der Harzburgerfront das Volk zu Sklaven machen. In Rußland und Italien konnten Bolschewiken und Faschisten die werktätige Bevölkerung in Fesseln legen, in Deutschland aber würden derartige Versuche den Bürgerkrieg bedeuten. In Deutschland erhalten heute dank der langjährigen Tätigkeit der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie die Opfer des Kapitalismus noch Unterstützung. Wenn sie nicht ausreichend ist, so tragen auch hier die Nazis und Nazis ein großes Maß an Schuld mit. Als es im Reichstag galt, die Anträge der Sozialdemokraten auf Abbau der hohen Pensionen, Heranziehung der Reichen zu Opfern zu vertreten, hatten die Nazis nichts Elligeres zu tun, als den Reichstag wieder schlichtartig zu verlassen und damit, sicher mit Ueberlegung, dafür gesorgt, daß ihre „Arbeitermitglieder“ und Geldgeber aus dem Lager der Pensionäre auch weiterhin ihre hohen Pensionen beziehen können. Das soll niemals vergessen werden.

### Die Notlage der hessischen Brauindustrie

Die Absatzkrise, unter der die gesamte Brauindustrie in Deutschland leidet, hat in Hessen ein katastrophales Ausmaß angenommen. Durch die Ueberbesteuerung des Bieres ist dieses derart verteuert worden, daß Wein und Obstwein, die teurerfrei und infolge der reichen Ernten besonders billig sind, das Bier weitgehend verdrängen. Im dritten Quartal 1931 belief sich der Rückgang des Bierabsatzes in Hessen im Vergleich zur gleichen Zeit des Jahres 1929 auf 52,2 Proz. In Einzelfällen sind die Verhältnisse noch viel schlechter. So wird berichtet, daß in einer kleinen hessischen Stadt durch die Erhöhung der Gemeindegewerbesteuer im Oktober 1931 der Bierumsatz gegenüber dem gleichen Monat des Jahres 1929 um 77,3 Proz. zurückgegangen ist.

Kommen des Herrn Katzenellenbogen verspürt hätten, als bei seinem Erscheinen langsam ein schärferer, arbeiterfeindlicher Wind zu wehen begann. Denn sowohl im alten Schultheiß- wie im alten Patzenhofer-Betrieb waren Einrichtungen für die Arbeiter geschaffen worden, die ihresgleichen in Deutschland suchen konnten. Bei Schultheiß war der Förderer dieser Dinge Roesicke und bei Patzenhofer Friedrich Goldschmidt, der eine Zeitlang ebenfalls im Reichstag und später im Preussischen Abgeordnetenhaus saß. Die alten Schultheiß-Arbeiter haben uns darüber folgendes erzählt: Wer ein Jahr im Betrieb war, bekam über den Tariflohn noch 2 Mk. in der Woche dazu, wer über drei Jahre im Betrieb war, 4 Mk. dazu. Diese Gelder wurden in eine Pensionskasse gesteckt und zum Satz der jeweiligen Jahresdividende von Schultheiß verzinst. Waren nun die Arbeiter bei Schultheiß alt und grau geworden, bekamen sie ihre 5000 Mk. aufs Brett gezahlt. Es braucht dabei keiner aufzustehen und aus den bekannten „prinzipiellen Erwägungen heraus“ wegen dieser Werksparkassen mit dem Finger zu drohen; die Arbeiter haben dieser Einrichtung Richard Roesickes längst ihren Segen gegeben. Dann ist noch eine Unterstützungskasse da, in die muß die Direktion Geld einzahlen, das der Arbeiterrat verwaltet. „Wenn einem Kollegen also einmal ein Unglück zustößt, dann kann er mit seinem Unterstützungsgesuch zum Arbeiterrat gehen, mit dem redet er lieber als mit dem Direktor“, sagen die Kollegen. Oder die Kinderheim e. In diese Heime bringen die Arbeiterfrauen von Schultheiß-Patzenhofer morgens ihre Kinder. Da ist eine Kindergärtnerin, die paßt auf die Kinder auf und sie sind von der Straße weg. Schließlich die Kantine. Hierfür stellt Schultheiß-Patzenhofer den Schankraum, den Eiskeller, das Personal und die Gewürze. „Was für Gewürze denn“, fragten

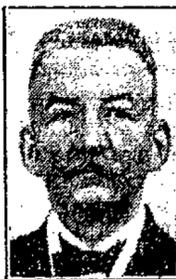
Angesichts dieser katastrophalen Lage haben sich die hessischen Brauereien in einem Notruf an die Reichsregierung gewandt mit dem Ersuchen, auf raschestem Wege die heute unmöglich gewordene Bierbesteuerung durch Umlagerungen zu beseitigen. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß die Umlagerung selbstverständlich nicht auf dem Wege der Besteuerung von Wein und Obstwein erfolgen darf, da diese bei der heutigen Wirtschaftslage ebensowenig eine Steuer übertragen wie das Bier.

Das Unheil, das die gegen alle Vernunft immer wieder erhöhte Biersteuer anrichtet hat und noch anrichtet, dürfte für die Reichsregierung endlich der Anlaß sein, Maßnahmen zu treffen, daß die heute noch stark sprudelnde Steuerquelle nicht vollends verchlüftet wird.

Mit den Forderungen der Brauindustrie auf Steuerreduzierung ist aber nur teilweise den Belangen des Gewerbes Rechnung getragen. Die Brauindustrie ist ein Teil der Konsumindustrien, und als solche sollte sie endlich den Mut aufbringen, Protest einzulegen gegen die Lohn- und Gehaltskürzungen, die die Massenkauflust des Volkes auf ein Minimum reduzieren. Wenn hier nicht haltgemacht wird, dann dürfte auch die weitestgehende Steuerermäßigung den Bierabsatz nicht heben.

### Max Kastner 25 Jahre Verbandsangestellter

Mit dem Aufstieg der gewerkschaftlichen Organisation bei den Brauereiarbeitern machte sich die Anstellung von Kollegen in Berlin zur Geschäftserledigung schon frühzeitig notwendig. Kollege Max Kastner wurde am 1. Dezember 1906 zum Kassierer der Ortsgruppe gewählt. Die Kollegen wußten durch die Anstellung unseres Jubilars ihre Organisationsfinanzen in treuen Händen. Unser Kollege hat stets in größter Pflichttreue das ihm übertragene Amt verwaltet. Wenn er auch weniger als Redner in den letzten Jahren in der Öffentlichkeit hervortrat, so sehen wir ihn um so eifriger und pflichtbewußter bei seiner Arbeit im Verbandsbüro.



Bei dem Zusammenschluß zur Einheitsorganisation wurde ihm die Markenabrechnung übertragen. Für die Ortsgruppe Berlin sicher keine leichte Arbeit, und zweifellos ist es unserem Kollegen mit zu verdanken, daß sich die Geschäfte mit den vielen Unterkassierern stets reibungslos abwickeln konnten. Unermüdet hat er in allen Stadien der Organisation stets treue Dienste geleistet. Durch seinen großen Pflichteifer hat er viel mit zur heutigen Machtstärkung der Ortsgruppe Berlin beigetragen.

Möge es unserem Jubilar noch lange vergönnt sein, in der Organisation mitzuarbeiten. Auch wir bringen ihm an seinem Jubiläumstag unsere Glückwünsche dar.

wir, „Gewürzkörner?“ — „Ja, die auch, alles, was an Zutaten zum Essen gebraucht wird, Oel, Essig, Pfeffer, Mostrich, damit der 30-Pfennig-Preis für das Mittagessen herauskommt.“ Und wenn wir den letzten Geschäftsbericht von Schultheiß-Patzenhofer nachschlagen, dann finden wir in der Bilanz vom 31. August 1930 einen Wohlfahrtsfonds von 1 232 905,21 Mk. und für die Beamten-Pensionskasse einen Betrag von 2 540 285,39 Mk.

Ohne daß man schließlich noch einmal die langatmige Geschichte des Berliner Bierboykotts vom Jahre 1894 aufrührt, hatte dieser erbitterte Machtkampf zwischen der Berliner Arbeiterschaft und dem Braukapital doch den Erfolg gehabt, daß am 1. Januar 1895 der paritätische Arbeitsnachweis für die Berliner Ringbrauereien geschaffen wurde. Unter dem Friedensprotokoll standen die Unterschriften Paul Singers für die Arbeiter, Richard Roesickes für die Brauherren und Dr. Freund als Unparteiischen, eines Mannes, der sich außerordentlich um die Schaffung der Berliner Arbeitsnachweise verdient gemacht hat. Es war Roesicke gelungen, seinen Kollegen Brauereibesitzern die Einarichtung dieses Nachweises schmackhaft zu machen, er selbst hat mit Freund zusammen das Statut ausgearbeitet und im Jahre 1903 wurde dann mit Hilfe Roesickes, ehe er die Augen schloß, das Einigungsamit für die Berliner Brauindustrie geschaffen, einer Art ersten Vorläufers des heutigen Schlichtungswesens.

#### Katzenellenbogen kommt.

Jahrzehnte beschaulicher Prosperität sind seitdem ins Land gezogen, bis Herr Ludwig Katzenellenbogen seinen Einzug hielt und der Tag zur Neige ging. So gesund ansonsten die Schultheiß-Patzenhofer-Brauerei ist. „Aber... was haben wir mit Zement zu tun“, fragen die Arbeiter, „was mit Holzintessen und was mit der Glasindustrie?“ („Vorwärts.“)

### Rund um die Fleisch-Verbilligung

Im Preussischen Landtag wurde ein Antrag angenommen, der eine Neuregelung der Untersuchungsgebühren für die Schlachtvieh- und Fleischschau in Preußen bringen soll. Das preussische Landwirtschaftsministerium hat bereits einen Rundbrief an die Oberpräsidenten herausgegeben und mitgeteilt, daß dem Landtag ein Gesetzentwurf zugehen soll, der das Gesetz über die Ausführung des Schlachtvieh- und Fleischschaugesetzes vom 28. Januar 1902 ändert. Der Absatz 2 des § 14 des betreffenden Gesetzes, der die Gebührenfrage regelt, soll künftig folgende Fassung erhalten:

„Im übrigen fallen die Kosten der Schlachtvieh- und Fleischschau einschließlich der Trichinenschau und der Kennzeichnung des Fleisches der Staatskasse zur Last. Zur Deckung der Unkosten können von den Besitzern der Schlachtvieh- und des Fleisches Gebühren erhoben werden. Den Gebührentarif setzt der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten fest.“

Zweck dieser Gesetzesänderung soll sein, über eine Gebührensenkung zum Abbau der Fleischpreise beizutragen. Im Zusammenhang mit dieser Frage sollen weitere Bestimmungen im Gesetz Aufnahme finden, nach denen die Weiterbeschäftigung der Beschaukräfte, also Tierärzte, Fleischbeschauer und Trichinenbeschauer neu geregelt wird.

Aber auch im Reich beschäftigt man sich mit der Frage der Fleischpreisverbilligung. Die neue große Notverordnung, die wahrscheinlich zum 10. Dezember erscheinen wird und mit den Ergebnissen des Wirtschaftskongresses im Zusammenhang steht, mit denen wir uns an anderer Stelle beschäftigt haben, wird zur Fleischverbilligung Stellung nehmen. So soll die Reichsregierung beabsichtigen, den Arbeitslosen im Umfange des ehemaligen Gefrierfleischkontingents deutsches Rindfleisch zu verbilligten Preisen zur Verfügung zu stellen. Ohne daß Näheres vorerst mitgeteilt werden kann, soll eine weitere Entlastung der Viehmärkte beabsichtigt sein und soll diese Maßnahme ganz allgemein zur Verbilligung der Fleischpreise beitragen. In Berlin und einer Reihe anderer großer Städte sollen Kommissionen Prüfungen der Vieh- und Schlachthofgebühren vornehmen und feststellen, in welcher Weise sie das Zustandekommen der Fleischpreise beeinflussen. Insbesondere soll dabei auch die Frage der Verdienstsprende geprüft werden, weil bisher immer behauptet wurde, daß infolge der unveränderten Gebühren bei gesunkenen Viehpreisen eine wesentliche Verbilligung des Fleischpreises nicht eintreten konnte. Ohne daß wir zum gesamten Fragenkomplex Stellung nehmen, betonen wir, daß im Reichsministerium schon einmal die Absicht bestand, „verbilligtes“ Rindfleisch als Ersatz für das in Wegfall gekommene Gefrierfleisch zu schaffen. Dabei ist es auch geblieben, geschehen ist nichts. Deshalb ist es angebracht, vorerst nicht allzu optimistisch zu sein, denn für die Reichsregierung dürfte die Verwirklichung dieser Frage nicht allzu leicht sein, weil ja dann das Reich Zuschüsse leisten müßte, was bei unserem chronischen Finanzmangel nicht so einfach ist. Eine Fleischpreisverbilligung für Erwerbslose dürfte sich aber kaum auf anderem Wege durchführen lassen, weil ja die „Interessenten“ diesen Dingen aus begrifflichen Gründen keinen Geschmack abgewinnen können.

### Betriebsräte-Zusammenkunft

Am 22. November fanden sich alle Betriebsräte der dem Felsenteller-Konzern angeschlossenen Betriebe zu einer Tagung in Dresden zusammen. Im Mittelpunkt der Tagung stand ein Referat des Kollegen R. F. H., Dresden, über: „Konzerne, Finanzkrisen und Existenzkampf der Brauereiarbeiter“. Er führte aus, daß die Wirtschaftskrise auch das Braugewerbe in Mitleidenschaft gezogen hat. Vor dem Kriege leitete der private Arbeitgeber seinen Betrieb selbst. Durch die Konzernbildung von heute ist der einstmalige Besitzer nur noch Angestellter, die Großbanken führen das Kommando, sie haben die Gewalt über alle Betriebe. Die leitenden Direktoren unterstehen den Banken und sind nur Ausführgangorgane, besitzen also nur eine Scheinmacht. Zum Fall Katzenellenbogen, Berlin, bemerkte der Referent, daß die Unfähigkeit der leitenden Personen erst dann an das Tageslicht kommt, wenn der Zusammenbruch da ist. Man geht über Leichen, indem man die verdiente leitende Personen auf die Straße setzt, Arbeitnehmer entläßt, Kurzarbeit einführt und Betriebe stilllegt, ohne sich darum zu kümmern, was mit den Angestellten und Arbeitnehmern wird.

Obwohl an jeder Ecke gepart werden soll, hat nun auch der Felsenteller-Konzern einen Sparmeister Direktor Kramling angestellt. Dieser hat die Aufgabe, durch Stilllegen verschiedener Betriebe das Heer der Erwerbslosen zu vergrößern. — Ueber die Reichs- und Gemeindegewerbesteuern berichtet der Referent ausführlich. Zum Schluß seiner Ausführungen betont er, daß es Aufgabe ist, fest zusammenzuhalten im Betrieb, in der Gewerkschaft, und alle Elemente, die gegen uns sind, abzustößen.

In der darauffolgenden Aussprache nahmen die Kollegen aus den Betrieben das Wort. Man hörte wieder das alte Lied, Sparen und immer Sparen, der Name

Kramling wurde fast von allen Rednern genannt. Von ihm werden Kurzarbeit, Entlassungen, Stilllegungen und auch das Krümpersystem durchgeführt. Alle Redner betonten, daß alle die Maßnahmen, die zurzeit von Seiten des Kapitals gegenüber der Arbeiterchaft angewendet werden, bei besseren Zeiten eine Ergegung erfahren werden.

Ein besonderes Kapitel in der Aussprache war die Feldschlösschenbrauerei in Chemnitz-Kappel. Der Tarifvertrag wird dort von den Kollegen des Fahrpersonals überhaupt nicht eingehalten. Ueberstunden über Ueberstunden werden geleistet. Ist einmal jemand krank, fehlen sofort Leute. Interessant ist es, daß es Kollegen im Fahrpersonal gibt, die am arbeitsfreien Tag in den Betrieb gehen, ihre Wagen waschen und sonstige Arbeiten ohne jede Bezahlung verrichten. Dieses Verhalten kann angesichts der Riesenarbeitslosigkeit nicht scharf genug gegetzt werden.

Die Zusammenkunft der Betriebsräte war getragen vom starken Verantwortungsbewußtsein. Alle Beteiligten gelobten, daß, wenn die Zeiten auch noch so schwer seien, alles daranzusetzen und weiterhin ihre ganze Kraft zur Verfügung zu stellen sei, die Erregenschaften der Gewerkschaften zu erhalten und weiter auszubauen. Mit diesen Worten wurde die imposant verlaufene Zusammenkunft geschlossen. Ein jeder Beteiligte zog nun von dannen, um das heute gesammelte Material in seinem Betrieb zu verwerten.

S. J., Dresden.

### Eingänge bei der Hauptkasse

Vom 20. bis 26. November 1931.

Vollstößte der Hauptkasse: Berlin 120 79, Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter — Hauptverwaltung G. m. b. H., Berlin 28 40.

Ortsgruppen:

Frankfurt a. M. 3851,96, München 200, Stuttgart 2995,18, Osnabrück 400, Ravensau 500, Seltz 120, Waren 50, Ehlingen 400, Regensburg 21,47, Emden 350, Rottbus 21,28, Bochum 22,23, Göttingen 500, Zwickbrücken 150, Weidau 20,33, Saarn 500, Eschwege 130, Wehr 300.

Beiträge:

Randgrün 95, Berlin 150, und 1333,35, Singelheim 28, Köln/Rh. 0,70, Hamburg 900, Berlin 3704, und 24,52, Kitzingen 5,78.

### Korrespondenzen

**Bamberg.** Die Ortsgruppe hatte zum 15. November zur Jubilärfest im festlich dekorierten Saale des Gewerkschaftshauses eingeladen. Dieser Einladung leisteten zahlreiche Kollegen mit ihren Familien Folge. Nach einer kurzen Begrüßung des Vorsitzenden Kollegen Steinhäuser übermittelte Bezirksleiter Kollege Hecht die Grüße des Verbandsvorstandes sowie der Gau- und Bezirksleitung. In trefflichen Worten schilderte Kollege Hecht die Zustände, wie sie vor 30 bis 40 Jahren in den Brauereien bestanden. Vierzehn- bis fünfzehnstündige Arbeitszeit, keinen freien Sonntag, dazu das Koff- und Logiswesen machten es den meisten Kollegen unmöglich, sich eine Familie zu gründen. Als in den neunziger Jahren endlich die Kollegen den Mut ausbrachten und sich der Organisation angeschlossen, wurden sie aufs Pflaster geworfen und ihnen der Urabstuf mit auf die Reise gegeben. Was das bedeutete, werden nur diejenigen älteren Kollegen zu würdigen wissen, die davon betroffen wurden und vergeblich in allen Brauereien nach Arbeit fragten. Aber trotz aller Schikane konnte das Braukapital den Siegeszug der Organisation nicht aufhalten und mußte sich nach und nach zu bedeutenden Zugeständnissen an die Arbeiterchaft herbeilassen. — Heute versucht man natürlich wieder alles zu beseitigen, hauptsächlich sind es die sozialen Erregenschaften, die das Kapital unter Mithilfe ihrer treuen Trabanten, der nationalsozialistischen „Arbeiterpartei“, der Arbeiterchaft wieder rauben möchte. Kollege Hecht schloß mit der Mahnung an die jüngeren Kollegen, ebenso treue Kämpfer zu werden, wie es die Jubilare sind, und Vertrauen zu den langjährigen Führern zu haben, dann werden noch lange nicht alle Wünsche des Unternehmertums in Erfüllung gehen.

Anschließend hieran wurde an 15 Kollegen die Ehrenurkunde für 25jährige Mitgliedschaft sowie von der Ortsgruppe ein kleines Geschenk überreicht. Namens der Jubilare dankten die Kollegen Groß und Weith und gelobten auch weiterhin ihre ganze Kraft der Organisation zu widmen. Die schon gespielten Weisen einer kleinen Musikkapelle, sowie humoristische Vorträge sorgten für Stimmung und Unterhaltung. Unsere kleine Feier dürfte sicher allen Kollegen lange in angenehmer Erinnerung bleiben.

Seibold.

**Gleiwitz.** Die gut besuchte gemeinsame Versammlung in Gleiwitz und Beuthen der Sektion der Fleischer und der Mitglieder des Fleischergefellensbundes nahm den Bericht unserer Bezirksleitung über die am 8. November gehaltenen Verhandlungen mit dem Bezirksverein Oberschlesien in Deutschen Fleischerverbände entgegen. Beide Organisationen wurden beauftragt, dem Bezirksverein neue Beschlüsse zum Lohn- und Ranteltarif zu unterbreiten. Das Angebot des Bezirksvereins ist für die Arbeitnehmer unannehmbar, weil es einen Lohnabau für Gleiwitz von 6 bis 10 Proz. für Beuthen von 21 1/2 bis 38 Proz. vorsieht.

Die Fleischergefellens und Verkäuferinnen des ober-schlesischen Industriegebietes werden sich am kommenden Sonntag abfinden, daß ihre Bezüge um mehr als die Hälfte gekürzt werden. In einer Entschließung wurde noch besonders darauf hingewiesen, daß die Versammlungen bereit sind, ihre Beschlüsse mit allen ihnen zur Verfügung stehenden gesetzlichen Mitteln durchzusetzen.

**Saalfeld.** (Niederlage der Nazis und der RGO.) Die am 21. und 23. November stattgefundenen Betriebsratswahl in der Maugion ergab eine vollständige Niederlage der Nazis und der RGO. Seit Jahren fand in der Maugion keine Wahl mehr statt, da außer der von der freien Gewerkschaft keine andere Liste eingereicht wurde. Dieses Jahr glaubten nun die Nazis und besonders die RGO, mit Hilfe ihrer verleumderischen „Maugionspost“ die Betriebsratsitze zu erobern. Die RGO hatte die Zeit verpaßt, und ihre Liste mußte wegen Fristveräumnis und Unvollständigkeit vom Wahlvorstand zurückgewiesen werden. Nun fühlten sich die Nazis schon im Betriebsrat. Doch trotz Verteilung ihres Parteiprogramms am Sonnabend früh war ihr Erfolg gleich Null. Von 741 Wahlberechtigten wählten 690. Auf Liste 1 der freien Gewerkschaft fielen 614, auf Liste 2 Nazi 62 Stimmen. Da auch die rote „Einheitsfront“ nicht fehlen durfte, bekam auch diese 6 Stimmen, die allerdings zu den 8 ungültigen gezählt wurden. Der bisherige Arbeiterrat wurde damit wiedergewählt. Kolleginnen und Kollegen! Durch eure Wahl habt ihr dem bisherigen Betriebsrat das Vertrauen ausgesprochen, er besteht aus lauter freien Gewerkschaftlern. Zieht daraus die Konsequenzen und reißt euch ein in die Front der Gewerkschaften, nur dann wird es dem jetzigen Betriebsrat möglich sein, eure Interessen voll und ganz zu vertreten. Wer auf der Naziliste stand, habt ihr mit Schrecken gesehen. Es war u. a. der berühmte Reuter aus der Formerabteilung, der die Arbeiterinnen mit Dreckschweine usw. zu benennen beliebt. Mit diesem Herrn werden wir uns in nächster Zeit näher befassen. Vielleicht geht er den Weg seines Gefinnungsgegners Stiebler. Die jetzige Betriebsvertretung wird dem Herrn zeigen, daß in der Maugion keine Dreckschweine, sondern freie Arbeiter beschäftigt sind.

### Gewerkschaftl. Rundschau

**Verschmelzung der Friseure.** Der seit dem Jahre 1889 bestehende Verband der Friseurgehilfen, jetzt Arbeitnehmerverband des Friseur- und Haargewerbes, wird sich am 1. Januar 1932 mit dem Gesamtverband vereinigen. An der Abstimmung nahmen von den rund 4000 Mitglieder 1491 teil, wovon 1416 = 95 Proz. für die Verschmelzung stimmten, 61 dagegen und 14 Stimmen waren unglücklich. Die Friseure werden im Gesamtverband eine Reichsfachgruppe bilden. Wenn es sich hier auch nur um eine kleine Gruppe von Arbeitnehmern handelt, so ist doch ein weiterer Schritt zur freigewerkschaftlichen Konzentration getan.

**Kanadischer Gewerkschaftskongress.** Die dem I.O.B. angeschlossenen kanadischen Gewerkschaften hielten in Vancouver ihren 47. Kongress ab. Nach dem Bericht des Sekretariats konnte trotz der auch in Kanada vorhandenen schweren Wirtschaftskrise die Mitgliedschaft des Bundes innerhalb eines Zeitraumes von fünf Jahren um 38 100 erhöht werden. Dem Gewerkschaftskongress lagen 130 Resolutionen vor, die sich hauptsächlich mit der Arbeitslosigkeit, der Herabsetzung der Arbeitszeit durch Einführung der 5-Tage-Woche, mit der Frage des bezahlten Urlaubes, dem Widerstand gegen Lohnherabsetzungen und der Hochhaltung der Kaufkraft beschäftigten. Weiter wurde das Recht der Arbeiterchaft, bei der richtigen Arbeitsverteilung und der Stabilisierung der Beschäftigung mitzuwirken, verlangt. Besonderes Augenmerk soll der Ansiedlung von Arbeitern auf dem Lande und der Ratifizierung der Konventionen des Internationalen Arbeitsamtes und einer allgemeinen Arbeitslosenversicherung zugewendet werden. Der Kongress bekräftigte einmütig, daß er die völlige politische Unabhängigkeit der Gewerkschaften aufrechterhalten wolle.

### Sozial- und Wirtschaftspolitik

**Die Lage auf dem Arbeitsmarkt.** Noch vor Eintritt der kalten Jahreszeit ist von Seiten der Regierung die Befürchtung ausgesprochen worden, daß die Zahl der Arbeitslosen in diesem Winter auf 7 Millionen ansteigen werde. Obwohl ein harter Pessimismus gut ist, wenn er zur Folge hat, daß Maßnahmen zur Linderung der in Aussicht stehenden Not getroffen werden, so wäre es doch verderblich, in diesem Pessimismus verharren zu wollen, nachdem alles Erforderliche veranlaßt ist. Auch die Entwicklung der Arbeitslosenziffer darf nicht hindern, mit Mut und Zuversicht der Zukunft entgegenzusehen. Gewiß, die Zahl der Arbeitslosen hat sich auch in der ersten Hälfte des November stark erhöht. Sie liegt nun 220 000 auf 484 Millionen. Aber gerade der Monat November bringt erfahrungsgemäß größeren Zugang an Arbeitslosen — in der gleichen Zeit des Vorjahres war der Zugang noch um 12 000 höher — weil in dieser Zeit die landwirtschaftlichen Arbeiten beendet sind und die Tätigkeit in den Außenberufen stark eingeschränkt wird. Mehr Arbeiter zu entlassen als beschäftigt sind, ist nicht möglich und weil in diesen Berufen auch im Verlaufe der letzten Jahre Arbeiter arbeitslos wurden, ist ein weiterer Zuwachs vor dieser Zeit in diesem Jahr gering. Dazu kommt, daß im Bergbau des Ruhrgebietes seit Monaten das erste Mal keine Entlassungen zu verzeichnen sind und daß nach neueren Berichten in der Textilindustrie stärkere Forderung zu verzeichnen ist. Unbedacht darf allerdings nicht gelassen werden, daß infolge des Schrumpfens der Kaufkraft die Verbrauchsgüterindustrie in diesem Jahr mehr Arbeiter entlassen werden.

Von den Arbeitslosen wurden am 15. November 66 Proz. durch die Arbeitslosenversicherung und Kräftefürsorge unterstützt. Der Rest erhält die Mittel zum Leben aus der öffentlichen Fürsorge.

**Außenhandel im Oktober.** Die Aufwärtsbewegung der deutschen Ausfuhr hat auch im Monat Oktober angehalten. Der Rekordausfuhrüberschuß des Monats September ist sogar überholt worden. Insgesamt wurden für 578,7 Millionen Mark Waren ausgeführt, dem eine Einfuhr in Höhe von 482,8 Millionen Mark gegenübersteht. Der Ausfuhrüberschuß beträgt mithin nahezu 100 Millionen Mark. Erfreulich an der Steigerung der Ausfuhr ist, daß diese fast ausschließlich auf Fertigwaren entfällt, während die Ausfuhr von Rohstoffen leicht zurückgegangen ist. Auch die Einfuhr ist seit Juni erstmalig etwas angestiegen. Die Mehreinfuhr entfällt jedoch zum großen Teil auf Lebensmittel. Die Rohstoffeinfuhr ist wertmäßig etwas gesunken, mengenmäßig jedoch auf dem Stand des Vormonats geblieben. Für die deutsche Wirtschaftslage ist dies kennzeichnend, denn es kommt darin zum Ausdruck, daß die Produktion sich auch in diesem Monat nicht belebt hat.

**Vieh- und Fleischzufuhr.** Nach Berechnungen der preussischen Hauptlandwirtschaftskammer wurden von Januar bis September 326 278 Doppelzentner Fleisch und Fleischwaren eingeführt. Die Ausfuhr betrug 94 878 Doppelzentner. Der Einfuhrüberschuß beträgt 231 400 Doppelzentner und pro Kopf der Bevölkerung 0,36 kg. Bei den tierischen Fetten betrug der Einfuhrüberschuß 603 965 Doppelzentner oder pro Kopf der Bevölkerung 0,94 kg. Der gesamte Einfuhrüberschuß an Fleisch, Fleischwaren und tierischen Fetten sowie Fleisch aus dem Einfuhrüberschuß an lebendem Vieh betrug 801 147 Doppelzentner oder 1,245 kg pro Kopf der Bevölkerung.

**England baut Zollmauern.** Durch das englische Wahlergebnis sind allseitig gehegte Befürchtungen, daß England nunmehr zum Schutzollsystem übergehen wird, nicht grundlos gewesen. Bereits am 25. November ist ein Schutzolltarif in Kraft getreten, mit dem zunächst ein Teil der nach England eingeführten Waren zollpflichtig wird. Nach den bisherigen Feststellungen belief sich der Wert dieser im Jahre 1930 eingeführten Waren auf 600 Millionen Mark, das ist etwa ein Zehntel der gesamten englischen Fertigwareneinfuhr. In erster Linie ist es die deutsche, tschechische und österreichische Industrie, die unter diesen Zöllen zu leiden haben werden. Insbesondere Deutschland wird schwer betroffen. In den ersten drei Quartalen belief sich die deutsche Fertigwareneinfuhr nach England auf 800 Millionen Mark, davon entfallen auf die jetzt zollpflichtigen Waren 150 Millionen Mark, das sind 20 Proz. der gesamten deutschen Ausfuhr nach England. Da der Zoll in Höhe von 50 Proz. des Einfuhrwertes erhoben wird, dürfte es in Zukunft praktisch unmöglich sein, zollpflichtige Waren nach England einzuführen. Damit wird der sächsischen Strumpfindustrie ein wichtiger Absatzmarkt entzogen. Von den in Deutschland hergestellten und ins Ausland ausgeführten Seidenstrümpfen ging die Hälfte nach England, von den Stoffhandschuhen ein Drittel. In den anderen Industrien liegen die Verhältnisse ähnlich, und wenn der angekündigte Zolltarif für die Metall- und Holzwaren eingeführt wird, so werden auch diese Industrien in Mitleidenschaft gezogen.

Bei dieser Gelegenheit sei daran erinnert, daß es unsere Rechtsparteien gewesen sind, die den Wahlausgang in England bejubelt haben. Sie haben damit dokumentiert, daß sie mit den jetzt gegen die deutsche Industrie errichteten Schwierigkeiten einverstanden sind. Das soll ihnen niemals vergessen werden.

**Wastviehausstellung Berlin 1932.** Als nächster Termin der 44. Berliner Wastviehausstellung sind der 4., 5. und 6. Mai 1932 festgelegt. Die Schauordnung ist wieder auf Grund von Vorschlägen aus Ausstellungskreisen geändert und den derzeitigen Verhältnissen am deutschen Schlachttiermarkt und mit Rücksicht auf die Anforderungen bei der deutschen Fleischversorgung angepaßt worden. Die Zahl der zugelassenen Tiere ist pro Aussteller beschränkt und werden nur 500 Mastriinder, 500 Mastschweine und 150 Mastkälber angenommen. Die Schauordnung ist unentgeltlich von der Geschäftsstelle der Berliner Wastviehausstellung, Berlin-Halensee, Seefener Straße 15, erhältlich.

**Zölle senken.** Es ist nicht mehr bestritten, daß eine der Hauptursachen der die Welt bedrückenden Krise in den Zollmauern zu suchen ist, die in der Nachkriegszeit entweder neu errichtet oder übermäßig stark erhöht worden sind. Die Zölle sollen mit Ausnahme der reinen Finanzzölle den Zweck haben, bestimmte Industrien vor der Konkurrenz des Auslandes zu schützen. Dieser Zweck verfehlen sie jedoch dann, wenn der Schutz nur der Aufrechterhaltung des Profites und die Stabilisierung von Monopolpreisen zur Folge hat. Und das ist gegenwärtig der Fall. Eine künstliche Verteuerung der Lebenshaltung tritt ein, der Verbrauch nimmt ab, der Beschäftigungsgrad geht weiter zurück, die dadurch entstandene Arbeitslosigkeit sorgt dann für abermalige Schrumpfung der Kaufkraft.

In Deutschland wurden im Jahre 1930 insgesamt 1,22 Milliarden Mark aus Zöllen vereinnahmt. Gegenüber dem Vorjahr ist eine Steigerung von rund 100 Millionen Mark eingetreten. Rund 60 Prozent oder 731 Millionen Mark entfallen auf Lebensmittel und Getränke. Den Gesamttrag der Zölle auf pro Kopf der Bevölkerung umgerechnet ergibt eine Summe von 18,02 Mk. Mit Ausnahme des Jahres 1927 ist in noch keinem Jahre eine derart hohe Summe aus den Zöllen eingekommen. In den zehn Jahren vor dem Kriege schwankte der Zollertrag pro Kopf der Bevölkerung zwischen 9 und 11 Mk. Um die Höhe des Zollertrages sind die Kaufkraft der Konsumenten.

wobei natürlich ein Wertverdiener bei weitem stärker getroffen wird als die Schwerverdiener. Mithin sind die Zölle nicht nur wirtschaftshemmend, sondern sozial auch ungerecht. Es dürfte ohne internationale Verständigung nicht leicht Revision zu unterziehen. Deshalb ist es dringend notwendig, die internationalen Beziehungen weiter auszubauen und diese zur Grundlage einer aktiven Weltwirtschaftspolitik zu machen.

**2,4 Milliarden Handelsverluste.** Die Wirtschaftskrise hat zu einer rund 30prozentigen Produktionsverminderung geführt. Fast ebenso groß ist der Rückgang des Einzelhandels. Er bewegte sich in der ersten Hälfte des Jahres auf dem Stand vom Jahre 1925. Gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres ist er um 11,5 Proz. oder 2,4 Milliarden Mark zurückgegangen. Im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe beträgt der Umsatzrückgang in den ersten acht Monaten dieses Jahres gegenüber dem Vorjahr 9,6 Proz., in dem Bekleidungsgebiete 15 Proz. und in Möbeln 3,3 Proz.

**Zwei Milliarden Gold in der Schweiz.** Eines der stabilsten Währungsländer ist die Schweiz. Der Goldschatz der schweizerischen Nationalbank beträgt nicht weniger denn 2097 Millionen Franken. Der Notenumlauf ist in der Schweiz allein durch Gold mit 148 Proz. gedeckt. Durch Gold- und Golddevisen wird sogar eine Deckung von 156 Proz. erreicht. Deutschland ist 16mal größer als die Schweiz, hat aber nur 1,3 Milliarden Mark Gold als Notendeckung. Auf einen Einwohner der Schweiz entfallen fast 520 Franken Gold, während auf einen deutschen Einwohner nur 21 Mark in Gold entfallen. Fast eine Milliarde Franken liegen in der Schweiz völlig zinslos brach. Die Schweiz beabsichtigt zur reinen Golddeckung überzugehen.

**10,2 Milliarden Spareinlagen.** Wer geglaubt hat, daß durch die Bankenkrise das Vertrauen zu den Geldinstituten, insbesondere zu den Sparkassen, weitgehend erschüttert wurde, der befindet sich im Irrtum. Ende August beliefen sich die Einlagen bei den deutschen Sparkassen auf 10,5 Milliarden Mark. Sie sind bis Ende September zurückgegangen auf 10,22 Milliarden Mark. Demzufolge sind es nur die ängstlichen unter den Sparern gewesen, die ihr Sparkassenguthaben abgehoben haben. Die gegenwärtigen Sparkasseneinlagen liegen noch über dem Stand der gleichen Zeit des Vorjahres und um 1,6 Milliarden Mark über dem Bestand vom September 1929.

## Genossensch. Rundschau

**Tragikomödie Halle.** Der Zusammenbruch des Konsumvereins in Halle ist nunmehr vollständig. Zur allgemeinen Heberausung ist jetzt auch das kommunistische Paradesped Ertinger aus der KPD ausgeschlossen worden. Er ist jetzt bemüht, aus den kläglichen Ueberresten des Konsumvereins neues Kapital zu schlagen, hat sich die von ihm gegründete „Nigros“ angeeignet und sendet an privatkapitalistische Unternehmer geheime Rundschreiben, worin er sie um Burenoisferten bittet. Er beabsichtigt, in Bremen, Magdeburg, Zwickau und Plauen Filialen zu errichten. So endet der von der KPD in alle Himmel gehobene Konsumrevolution! Den etwa 2.266.000 Mark Passiven stehen ganze 20.000 Mark „Vermögen“ gegenüber. Ertinger hat es fertig gebracht, einige unverkäufliche Warenreste und Kadeneinrichtungen dem Gerichtsvollzieher abzulisten. Entgegen der ursprünglichen Absicht, die Mitglieder des Konsumvereins für den Deckungsbeitrag haftbar zu machen, ist sie auf Vorschlag des Konkursverwalters fallen gelassen worden und von der Gläubigerversammlung angenommen, weil von den Mitgliedern „nichts zu holen“ ist. So endete eine von der KPD unterstützte Aktion zur Revolutionierung des Konsumvereins. Eine nette Arbeiterpartei, die Einrichtungen der Arbeiterschaft auf diese Weise verliedert!

## Allgemeine Rundschau

**Arbeitslosigkeit in USA.** Obwohl es in USA. noch immer keine amtliche Arbeitslosenzählung gibt, ist es doch möglich gewesen, durch eine im Jahre 1930 vorgenommene Volkszählung einen gewissen Ueberblick auf die Arbeitslosigkeit zu erhalten. Damals wurden 3,1 Millionen Arbeitslose festgestellt, von denen ein Viertel nie mehr damit rechnen kann, jemals wieder den seitherigen Arbeitsplatz einnehmen zu können. Davon waren 2,4 Millionen öslich arbeitslos, darunter 42 Proz. Familienväter 55 Proz. der Arbeitslosen hatten seit mehr als zwei Monaten keine Arbeit, 40 Proz. seit drei Monaten und 4 Proz. seit über sechs Monaten. Die Feststellungen ergaben bei den Altersgruppen, daß von allen über 20 Jahre alten Arbeitslosen 34 Proz. 45 Jahre und 16 Proz. über 55 Jahre alt waren.

**Lohnabbau in Mussolinis.** Mussolini soll sich gegen weitere Lohnkürzungen ausgesprochen haben. Er hat seine guten Gründe dazu. Seit 1928 wurden die Löhne im faschistischen Paradies planmäßig gesenkt und der italienische Arbeiter ist der schlechtest bezahlte in Europa. Wie Lohnherabsetzungen in Italien erfolgen und mit welcher Begeisterung sie die Arbeiter aufnehmen, darüber erfahren wir folgendes: Das faschistische Arbeitsgericht fällt für die Reisefahrer einen Schiedsspruch. Die Unternehmer beantragten einen Lohnabbau von 35 Proz. und die faschistischen „Arbeiterführer“, die regierungsseitig eingesetzt sind, wollten einem solchen von 20 Proz. zustimmen. Die „Prüfung“ durch das Gericht ergab, daß der Reisbau nicht nur unter der Krise leide, sondern daß tatsächlich die Löhne eine Belastung von rund 45 bis 50 Proz. der Erzeugungskosten

ausmachen. Es entschied, die Löhne um 24 Proz. für 200.000 Arbeiter herabzusetzen. Die Arbeiter hatten aber zu dem Gericht joviel Vertrauen, daß sie „unter Absingen patriotischer Hymnen wieder an die Arbeit gingen, trotzdem sie nicht den Lohn kannten, den sie tatsächlich erhalten sollten, wohl aber sich ganz auf den Rechtspruch verlassen, den das Arbeitsgericht abgeben sollte“. Das „erhabene“ Arbeitsgericht mißbrauchte aber schände das Vertrauen.

**Der Weizenmuggel an der holländischen Grenze** steht in höchster Blüte. An jedem Zentner werden 5 Mk. verdient. Zu 30 bis 50 Mann ziehen die Schmuggler los, während das ganze Dorf Posten steht, um bei etwa ein-tretender Gefahr zu warnen. Große Lastwagen aus Deutschland holen dann den geschmuggelten Weizen ab und befördern ihn weiter ins Landinnere. Dem Unschein nach handelt es sich bei dem geschmuggelten Weizen um deutsches Getreide, denn über das Zollamt Lübben wird sehr viel Weizen aus Deutschland nach Holland ausgeführt, wofür hohe Ausfuhrprämien und Einfuhrscheine ausgegeben werden. Derselbe Weizen wird dann während der Nacht über die Grenze zurückbefördert. Wenn jetzt auch Weizen in großem Umfang geschmuggelt wird, dann beweist dies aufs neue, daß die hohen Zölle unbedingt abgebaut werden müssen.

**Kapitalistische Moral.** Das englische Gummikapital hat die Besitzer von Gummipflanzungen angewiesen, den Gummi aufzukaufen und ihr zum Zwecke der Vertnappung der Borräte zu verbrennen. Nach einer Mitteilung des „Manchester Guardian Commercial“ wurden die Pflanzungsbesitzer zu diesem Plan gewonnen, nachdem eine Aktion zur organisierten Einschränkung der Gummiproduktion scheiterte. So werden auch hier wertvolle Produkte verbrannt.

**Unflinige Wertevernichtung.** Im nordamerikanischen Staate Michigan und Kalifornien ist die Pflirsichernte in diesem Jahre so groß gewesen, daß der Erntesege nicht untergebracht werden konnte. Um einer Ueberproduktion zu begegnen, wurden Pflirsichbäume von 13.000 Acres Land gefällt, die in normalen Jahren einen Ernteertrag von 83.000 Tonnen Pflirsichen ergeben! Das ist das Wesen des Kapitalismus, daß er Werte vernichtet und Millionen von Menschen darben läßt!

## Internationales

**Die Lage der Brauindustrie in der CSR.** In der Generalversammlung des Schutzverbandes der Brauereien in Böhmen wurde erwähnt, daß die ungünstigen Ergebnisse der Erhöhung der Biersteuer sich in erhöhtem Maße bemerkbar machen. Der Bierabsatz des laufenden Jahres bleibt empfindlich hinter dem Vorjahr zurück und der kühle und regnerische Sommer hat eine weitere Verschlechterung herbeigeführt. In einem Jahr wurden an Bier- und Ertragssteuern um 230 Millionen Kronen mehr eingenommen, als die früheren Steuerlasten betragen. trotzdem die Produktion einen Rückgang um mehr als 10 Proz. ausweist. Der Rückgang des Gesamtausstoßes pro 1930 gegenüber 1929 war der Menge nach nicht sehr bedeutend, da gegenüber 11.627.234 Hektolitern 1929 im Vorjahr 11.423.476 Hektoliter erzeugt wurden, also nur um 1,6 Proz. weniger. Dieser geringe Rückgang ist jedoch sehr bedeutend, wenn man berücksichtigt, daß damit auch die Verwertung der Produktionsfähigkeit sinkt.

Im ersten Semester dieses Jahres ist eine wesentliche Verschlechterung des Ausstoßes zu verzeichnen, und zwar beträgt der Abgang gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres 501.342 Hektoliter oder 8,9 Proz., in Böhmen 368.882 Hektoliter oder 8,5 Proz. Der Durchschnitt des Rückganges ist in Böhmen gegenüber dem ganzen Staat etwas günstiger, was dadurch zu erklären ist, daß in der letzten Zeit die Konkurrenz äußerst billigen Weines nicht so sehr empfunden wurde. Die Stilllegung von Brauereien ist aber auch in dieser Zeit nicht zum Stillstand gekommen, trotzdem das Jahr 1930 in dieser Beziehung nicht so ungünstig war als die vorhergehenden Jahre. So haben in Böhmen 9 Brauereien den Betrieb eingestellt, und im ganzen Staate 10 Brauereien so daß Ende 1930 in Böhmen 358, im ganzen Staatsgebiet in 457 Brauereien gearbeitet wurde. Der Ausstoß dieser 358 Brauereien in Böhmen betrug insgesamt 8.792.906 Hektoliter und war also um 2,4 Proz. niedriger als der Ausstoß im Jahre 1929. Von dieser Menge wurden insgesamt 234.046 Hektoliter exportiert. Auch der Bierexport weist im abgelaufenen Jahre einen wesentlichen Rückgang um 14 Proz. aus, der sich für das Jahr 1931 noch steigert.

**Brauindustrie in Spanien.** Wie in allen süd-europäischen Ländern überwiegt der Weinkonsum. Der Weinbau ist seit Jahrhunderten in Spanien zu finden, während die erste Brauerei im Jahre 1900 errichtet wurde. Trotzdem hat sich der Verbrauch von Bier in den letzten Jahren nahezu verdoppelt. 1923 wurde pro Kopf der Bevölkerung 1,9 Liter Bier konsumiert. Bis 1929 stieg der Verbrauch auf 3,3 Liter. Im Vergleich zu dem Verbrauch an Wein, der in den letzten Jahren mehr als 90 Liter betrug, ist der Bierverbrauch sehr gering. In erster Linie ist dies auf die Tatsache zurückzuführen, daß sich die Brauindustrie bisher nur in den Städten entwickeln konnte, und daß das Bier im Verhältnis zum Wein ziemlich teuer ist. Die Zahl der Brauereien in Spanien beträgt 44. Davon gibt es nur zwei, die einen Ausstoß von mehr als 100.000 Hektoliter haben. Eine davon befindet sich in Madrid mit einem Ausstoß von 147.000 Hektoliter, die zweite in Barcelona mit 146.000 Hektoliter Ausstoß. Die drittgrößte Brauerei mit 94.000 Hektoliter Ausstoß ist in Sevilla. Ein geringer Teil der spanischen Bierproduktion wird exportiert. An der Ausfuhr sind nur einige Betriebe beteiligt, deren größter im Jahre 1929 rund 8500 Hektoliter nach dem Ausland ausführte.

Die Einfuhr von Bier ist ebenfalls gering. Deutschland ist im Jahre 1930 an der Biereinfuhr nach Spanien mit nahezu 4000 Hektoliter beteiligt gewesen.

## Literatur

**Im Dienst der kommunistischen Terrororganisation.** Von W. Zentchel. 158 Seiten. Kartoniert 1,- Mark. Verlag D. P. W. Steg, Berlin SW 68. — Der Verfasser dieses aufsehenerregenden Buches ist ein ehemaliger Rebell der kommunistischen Hamburger Volkszeitung. Er war maßgeblich beteiligt an dem kommunistischen Aufstand in Hamburg im Jahre 1923. Nach dessen schnellem Zusammenbruch wurde er von der KPD, mit besonderen Missionen betraut, bis die KPD-Zentrale ihn fallen gelassen hat. Die Erinnerungen an diese Zeit sind in dieser Broschüre niedergelegt. Manches davon erscheint so ungläubig, daß es notwendig ist, darauf hinzuweisen, daß die gemachten Angaben von amtlichen Stellen auf ihre Stichhaltigkeit hin nachgeprüft und in allen Punkten der Wahrheit entsprechend gefunden wurden.

Zentchel beginnt mit der Schilderung des Hamburger Aufstandes. Schon dieser Bericht läßt erkennen, wie verbrecherisch die KPD, mit der Arbeiterkraft amputiert. Die nachfolgenden Kapitel befassen sich mit dem Aufbau und der Tätigkeit besonderer Terrorgruppen, die von KPD-Mitgliedern geleitet wurden. Diese Gruppen hatten die Aufgabe, mit Bomben, Giftgasen, Giftampullen Terrorakte durchzuführen. Mit Absicht blüht der Leser in diesem Buch, der dazu dienen sollte, der Arbeiterschaft in der Erreichung ihres Zieles behilflich zu sein. Das Buch wird niemand aus der Hand legen, ohne die Ueberzeugung gewonnen zu haben, daß diese Kampfmittel der KPD, der Arbeiterschaft weber zur Ehre noch zum Nutzen gereichen. Aus diesem Grunde ist es notwendig, dafür zu sorgen, daß dieses Buch weite Verbreitung findet.

**Werk im Werden.** Von Heinrich Sierakowski. Verlag Großhandels-gesellschaft Deutscher Consumvereine, Hamburg, 234 Seiten. — In sehr kurzer Zeit war die erste und zweite Auflage dieses Werkes vergriffen. Die vorliegende dritte Auflage ist erheblich erweitert. Unterföhrt durch viele Abbildungen föhrt der Verfasser den Leser durch die zahlreichen Eigenbetriebe der GEG. Die ganze Größe der genossenschaftlichen Eigenproduktion entheft vor seinen Augen. Auch ein Blick in die Zukunft wird geworfen, wobei in erster Linie die im Entstehen begriffene Margarinefabrik der GEG. gewürdigt wird. Die genossenschaftliche Warenversorgung ist Selbsthülfe der Verbraucher. Wohl selten kommt dies so stark zum Ausdruck wie in diesem Buch, das gleichzeitig eine wertvolle Belehrung der konsum-genossenschaftlichen Literatur darstellt.

**Jahrbuch für Sozialpolitik 1931.** Herausgegeben vom Staatssekretär des Reichsarbeitsministeriums Dr. Geib. 222 Seiten. Preis in Ganzleinen gebunden 6,40 Mk. Verlag Neimar Hobbing, Berlin SW 61. — Sozialpolitik gewinnt in Zeiten der Krise erhöhte Beachtung, deshalb ist es begrüßenswert, daß dieses Jahrbuch, welches im Vorjahr das erstmalig erschien, trotz Sparmaßnahmen wieder herausgebracht wurde. Es enthält in konzentrierter Form eine Uebersicht über die soziale Entwicklung, die sozialpolitische Gesetzgebung und die sozialwirtschaftlichen Probleme. Die Mitarbeiter an diesem Werk haben in der deutschen Sozialpolitik einen guten Namen.

**Jahrbuch 1931/32 des Volksverbandes der Bühnenfreunde.** Von Interessierten kostenlos zu beziehen von der Sautschäftsstelle, Berlin-Charlottenburg 2, Berliner Str. 42. — Das vorliegende Jahrbuch steht im Zeichen Goethes. Neben den dem Gedächtnis Goethes gewidmeten Beiträgen enthält es Vorträge aus den Weihnachtseisenführungen. Außer dem Gesamtverzeichnis der lieferbaren Bücher ist auch ein Hinweis auf den Schallplattenvolksverband enthalten, der musikalisch wertvolle Clangorischallplatten seinen Mitgliedern zu äußerst niedrigen Preisen vermittelt. Sitzungen uzm. dieses Schallplattenvolksverbandes können kostenlos angefordert werden.

**Wihelm-Busch-Buch.** Eine Auswahl aus den Werken und Lebensdokumenten von Wilhelm Busch. Von Georg Sander. Mit sechs farbigen Tafeln und vielen Zeichnungen. Preis in Softleber gebunden 3,60 Mk. Volksverband der Bühnenfreunde, Berlin-Charlottenburg 2. — Das Schaffen des alten, doch immer jungen Wilhelm Busch wird noch zahlreichen Generationen viele Freude und aufrechte Bewunderung bereiten. Eine sorgfältige und strenge Auswahl aus den Arbeiten dieses großen deutschen Humoristen, die uns nicht nur den lächelnden Pflisophonien und lustigen Reimern, sondern vor allem den tiefen, gültigen Menschen in seiner Gedankenwelt kennenlernen lassen, ist in diesem Buch enthalten. Es ist für den Weihnachtstisch ein geeignetes Geschenk für alt und jung.

**Edison, sein Leben und Erfinden.** Mit vielen Abbildungen. Von Ernst Angel. 224 Seiten. In Softleber gebunden 3,30 Mk. Volksverband der Bühnenfreunde, Berlin-Charlottenburg 2. — Das von einioren Vorden eriolate Alleben Edisons lenkte noch einmal die Blicke der Welt auf diesen größten Erfinder des 19. Jahrhunderts. Sein Schaffen hat der Welt von heute ihre Geisteskräfte gegeben. Sein Leben wird in diesem Buch nicht vom Standpunkte des Technikers, sondern von einem Künstler bejarrleben. Schreick und unterhaltend zugleich ist dieses Buch. Aus diesem Grunde dürfte es als Geschenk auf dem Weihnachtstisch nicht nur den technisch interessierten Lesern erfreuen.

**Karl Hansen's Reich.** Von Ludwig Aufwitsch. Mit 39 Illustrationen und einem Geleitwort von Heinrich und Lorena Sander. 319 Seiten. In Softleber gebunden 4,60 Mk. Volksverband der Bühnenfreunde, Berlin-Charlottenburg 2. — Der Verfasser dieses Buches ist ein wissenschaftlicher Leiter des Hansen'schen Tierparks. Auf den ersten Seiten macht er den Leser mit der Verträglichkeit des Säuglers dieses in aller Welt bekannte Tierparks vertraut. Anschließend daran schildert er, wie wilde Tiere gefangen werden und welche Arbeit innerhalb des Tierparks geleistet werden muß. Diese Schilderungen sind so plastisch gehalten, daß der Leser bei der Lektüre des Buches den Eindruck hat, selbst an allen Geschehnissen teilzunehmen. Als Weihnachtsgeschenk für die Jugend ist dieses Buch besonders geeignet.

**Die Kunst.** Von Ellen Willifons. Ins Deutsche übertragen von O. U. von Gebber. Erichsen bei der Bühnengilde Gutenberg, Berlin SW 61. Preis für Mitglieder 3,- Mk. — Eine gegenwärtige Begebenheit steht im Vordergrund dieses Romans: der Bergarbeiterstreik in England mit all seinen Leiden für die werksfähige Bevölkerung der Bergwerksdistrikte. Die Verfasserin gibt in Romanform ein anschauliches Bild von der Vorbereitung, der Durchführung und dem Abbruch dieses heilenden Kampfes. Sie zeichnet ein Stück entsetzlichen Lebens mit all seiner Mentalität, die wir Deutschen nicht immer richtig verstehen können. Anschaulich ist geföhrt, wie der Kampf der Arbeiterschaft den in England sehr oft nicht beachteten Klassenagenen aufreißt. Selbst die Liebe der Romanheldin muß an der Kunst, die über- all auftaue tritt, scheitern. Das Buch ist mehr als ein veritables Erlebnis. Es enthält ein Stück Ketzelschichte.

**Krieholes Afrika.** Von Fredrik Parelius. Uebersetzt ins Deutsche von Ernst Röhner. Erichsen bei der Bühnengilde Gutenberg, Berlin SW 61. Preis für Mitglieder 3,- Mk. — Der Verfasser dieses Buches reiste im Auftrage der belandischen Kolonialverwaltung nach Romo. Seine dort gesammelten Erfahrungen sind in diesem Buche niedergelegt. Dem Leser tut sich eine andere Welt auf bei der Lektüre dieses Buches. Mit Spannung verfolgt er den Kampf der Schwarzen dieses Buches. Mit Spannung verfolgt er den Kampf der Schwarzen gegen die ihnen aufzuzunehmende europäische Kolonialisation. Doch auch die Geschichte, unter Ausnutzung der Unwissenheit des Urwesens durchgeführte Flucht des Ueberlebenden der noch in Freiheit lebenden Ueinschwoher konnte nicht verhindern, daß auch sie von den fremden Eindringlingen übermöhrt wurden. In einer dem Roman beiehöfeten Erzählung „Schwarze Legende“ schildert der Verfasser seine persönlichen Erlebnisse mit seiner schwarzen Geliebten, die vier Jahre mit ihm zusammengelebt hat, die er schätzen lernte und die er dann verlassen mußte.

## Anzeigen

**Nachruf!** 1270  
Am 24. November verließ unser  
Kolleg und Braumeister  
**Karl Bartenbach**  
nach langem, schweren Leiden im  
Alter von 43 Jahren. Wir werden  
ihn ein dauernd. Andenken bewahren.  
**Die Kollegen der Deutschhof-  
Brauerei Ortsgr. Tufflingen**  
Unsern Kollegen Karl Bock nebst  
seiner lieben Frau die herzlichsten  
Gedwünsche zur silbernen Hochzeit.  
1270 Ortsgr. Gruppe Brautur. a. D.

Unsern Kollegen **Pfiff** und seine  
lieben Gattin zur hochgefeierten Be-  
erdigung die herzlichsten Glückwünsche.  
**Ortsgruppe  
1501 Gleiwitz-Deutscher.**

Unsern Kollegen **Eber Wingen**  
nebst seiner lieben Frau nachträglich  
die herzlichsten Glückwünsche zur  
Beerdigung. 150  
**Die Ortsgruppe Offen.**



# FRAUENRECHT



## Das Bürgerliche Gesetzbuch und die Frauen

Das Bürgerliche Gesetzbuch ist nicht das Ideal der arbeitenden Menschen. Am bequemsten paßt es sich gemäß der historischen Lage der Dinge den Interessen des Großbürgertums an. Ganz bestimmt war das BGB. bei seiner Verkündung am 18. August 1896 (es trat am 1. Januar 1900 in Kraft) nichts als Stück- und Flickwerk. Auch sein begeistertster Lobredner wird nicht behaupten können, daß es den Stürmen des Jahrhunderts zu trotzen vermag.

Das BGB. brachte gegen manche bis dahin geltenden Landesrechte erhebliche Verschlechterungen, vornehmlich bei den Bestimmungen über Ehescheidung, über das eheliche Güterrecht usw. Völlig ungenügend regelt das BGB. auch die Stellung der Frau als Ehefrau und Mutter und die Stellung der unehelichen Kinder. Daß das BGB. den Arbeitsvertrag, in ihm Dienstvertrag genannt, völlig unzulänglich regelt, soll der Vollständigkeit halber noch erwähnt werden. Die gerügten Mängel und Fehler des BGB. sind erklärlich, wenn man weiß, daß es nicht geistiges Produkt des ganzen Volkes, sondern der begünstigten Volksschichten darstellt und von diesen der bejahenden Klasse durch einen Jahrtausende alten Kampf auferlegt ist. So erklärt sich auch, daß das BGB. — weil das bürgerliche Recht seit Jahrtausenden von den besitzenden Klassen herausgebildet worden ist — vollständig im Dienste der Interessen der besitzenden Klassen steht.

Das BGB. ist ein echtes Kind deutscher Zustände um die Jahrhundertwende, ein Werk unnatürlicher Kompromisse. Ein Werk, das bereits in sehr wesentlichen Bestimmungen bei seiner Beschlußfassung von den Bedürfnissen und Forderungen der Zeit überholt war. Ein Werk, das eine vielfach mangelhafte und unvollständige Kompilation der bisherigen Partikularrechte darstellt. Ein Werk, das beeinflusst ist von allen möglichen Rücksichtnahmen auf veraltete, dem modernen Geist widersprechende soziale und politische Einrichtungen. Ein Werk endlich, das in einer schwerfälligen und für den gewöhnlichen Volksgenossen schwer verständlichen Sprache geschrieben ist und doch bedarf kein Teil der Gesetzgebung so sehr einer volkstümlichen, allgemein verständlichen Sprache, als das bürgerliche Recht. Hinzu kommt noch die völlige Unübersichtlichkeit des Gesetzes. In fast jedem Abschnitt findet man zahlreiche Verweisungen auf die in anderen Abschnitten angeführten Rechtsregeln, so daß man die Normen über ein bestimmtes Rechtsgebiet häufig im ganzen Gesetz zusammenfassen muß.

In fünf Büchern behandelt das BGB. den allgemeinen Teil, das Recht der Schuldverhältnisse, das Sachenrecht, das Familienrecht, das Erbrecht. Diese Reihenfolge in der Anordnung des Rechtsstoffes läßt soziale Gesichtspunkte vermischen. Das Rechtsinstitut, das auch nach Auffassung der bürgerlichen Gesellschaft seine Grundlagen darstellt, ist die Familie. Nach der

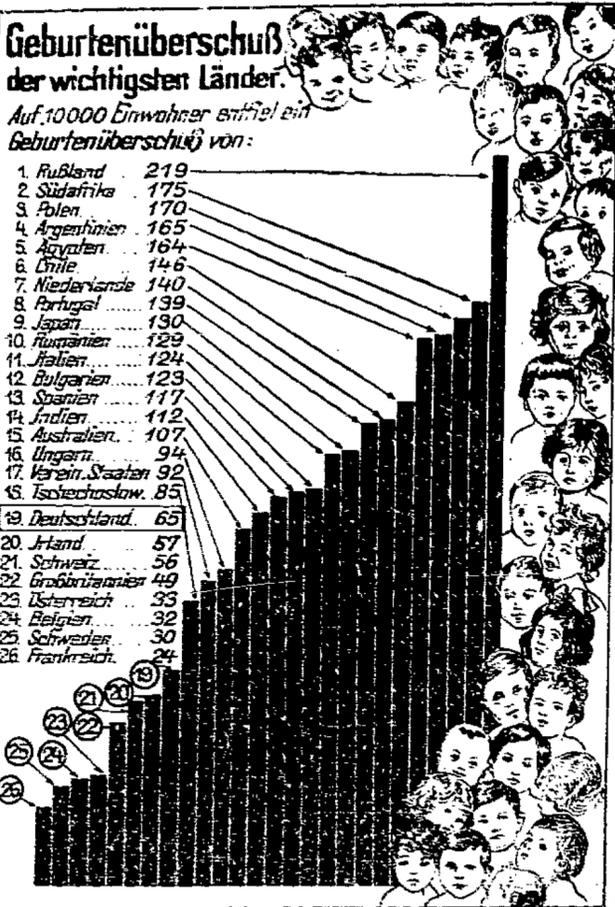
## Die Fruchtbarkeit der Völker

Verschlechterung der Wirtschaftslage und weitverbreitete Wohnungsnot haben die Geburtenhäufigkeit in den wichtigen Ländern gegenüber der Vorkriegszeit erheblich beeinflusst. Auch die Zunahme der Zahl der Heiraten nach dem Kriege vermochte hier keinen Ausgleich zu schaffen, zumal die am Völkermorden beteiligten Staaten starke Verluste an Männern der

### Geburtenüberschuß der wichtigsten Länder.

Auf 10000 Einwohner entfiel ein Geburtenüberschuß von:

1. Rußland	219
2. Südafrika	175
3. Polen	170
4. Argentinien	165
5. Ägypten	164
6. Chile	146
7. Niederlande	140
8. Portugal	139
9. Japan	130
10. Rumänien	129
11. Italien	124
12. Bulgarien	123
13. Spanien	117
14. Indien	112
15. Australien	107
16. Ungarn	94
17. Verein. Staaten	92
18. Isoschleslow.	85
19. Deutschland	65
20. Irland	57
21. Schweiz	56
22. Großbritannien	49
23. Österreich	33
24. Belgien	32
25. Schweden	30
26. Frankreich	24



mittleren Altersklassen im Felde zu verzeichnen hatten. Der Bevölkerungszuwachs, d. h. der Ueberschuß der Geburten über die Sterbefälle, war im letzten amtlichen Berichtsjahr am stärksten in Rußland, Südafrika, Polen, Argentinien, Ägypten, Chile, Holland, Portugal und Japan, am schwächsten in Großbritannien, Österreich, Belgien, Schweden und Frankreich. Trotz der zunehmenden Notlage weiler Volkstriebe hatte übrigens Europa im Jahre 1930 eine erhebliche Besserung seiner Sterblichkeitsverhältnisse gegenüber 1929, wo ein starker Winter und eine schwere Grippeepidemie die Bevölkerungszunahme erheblich hemmte und den Geburtenüberschuß verringerte.

Natur der Sache mußte im BGB. daher zuerst das Familienrecht, sodann das Sachenrecht und danach die Schuldverhältnisse behandelt werden. Selbstverständlich ist, daß das Erbrecht den Schluß des BGB. zu bilden hat, weil praktisch an ihm nur wenige Volksgenossen teilnehmen.

Wie entfremdet die Rechtswissenschaft dem Leben ist, ergibt sich mit aller Deutlichkeit, in welcher Art und Weise das BGB. die Frage der Ehescheidung geregelt hat. Der Inhalt der auf die Ehescheidung bezüglichen Bestimmungen ist folgender: Zunächst werden die Fälle erwähnt, in denen wegen Verschulden des anderen Ehegatten die Ehescheidung verlangt werden kann. Erstens Ehebruch — dem in der Wirkung Bigamie und widernatürliche Unzucht gleichgestellt sind —, zweitens Nachstellung nach dem Leben, drittens bössliches Verlassen, viertens die Verletzung der durch die Ehe begründeten Pflichten oder eheliches und unsittliches Verhalten, sofern hierdurch eine tiefe Zerrüttung des ehelichen Verhältnisses die Folge ist. Weiter berechtigt Geisteskrankheit zur Ehescheidung, wenn die Krankheit während der Ehe mindestens drei Jahre gedauert und solchen Grad erreicht hat, daß die geistige Gemeinschaft aufgehoben und jede Aussicht auf ihre Wiederherstellung ausgeschlossen ist. Im Ehescheidungsurteil ist immer festzustellen, welcher Teil die Schuld an der Ehescheidung trägt. Das hat zur Folge, daß eine Ehe verboten ist zwischen einem wegen Ehebruchs geschiedenen Ehegatten und demjenigen, mit dem der geschiedene Ehegatte den Ehebruch begangen hat, wenn in dem Ehescheidungsurteil festgestellt ist, daß gerade dieser Ehebruch der Ehescheidungsgrund ist. Der für schuldig Erklärte hat dem anderen Teil insoweit Unterhalt zu gewähren, als derselbe außerstande ist, sich selbst zu unterhalten. Die Kinder erhält der an der Ehescheidung unschuldige Gatte. Sind aber beide Teile für schuldig erklärt, so erhält die Mutter die Töchter überhaupt und die Söhne im Alter unter sechs Jahren. Unter denselben Voraussetzungen, unter denen auf Ehescheidung geklagt werden kann, ist die Klage auf Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft statthaft.

Im Vergleich mit den früheren Landesrechten, die durch das BGB. ersetzt wurden, sind die Ehescheidungsgründe erheblich eingeeignet worden. Die Landesgesetzgebung kannte unter anderem als Ehescheidungsgründe: Gegenseitige Einwilligung, tiefe Abneigung, unheilbare körperliche Gebrechen, Religionswechsel, Landfluchtigkeit, Trunksucht und unordentliche Wirtschaft, sowie Verarmung. Man kann, ohne zu übertreiben, sagen, das Gesetz leistet der schlimmsten Tugendheuchelei Vorschub und zwingt Tausende, eine Ehe vor der Welt zum Schein aufrechtzuerhalten, die innerlich durch und durch faul und verdorben ist und nur den Nährboden für eine tiefere moralische Verkommenheit abgibt, die nicht selten zum Verbrechen führt.

Mangelhaft und ungenügend sind auch die Bestimmungen über das eheliche Güterrecht. Dieses Recht benachteiligt ausschließlich die Frau. Nur durch besonderen Vertrag kann die Frau vermögensrechtliche Gleichstellung erwerben.

## Aus der Vogelwelt der Nordseeinseln

„Die Wandergans mit hartem Schrei  
Nur fliegt in Herbstesnacht vorbei —  
Am Strande weht das Gras!“

Th. Storm.

Einst — und das Einst liegt noch nicht sehr weit zurück — hat die Vogelwelt der Nordseeküste ein außerordentlich anziehendes Bild. Als man dann aber in nicht weidmännischer Art den Seevögeln nachzustellen begann, ihre Gelege zerstörte, wurden sie seltener und zeigten sich zum Teil überhaupt nicht mehr. Den Lund, der einst ein stolzer Vertreter der Vogelwelt unserer Nordsee war, fand man bei Kriegsausbruch nur noch auf Helgoland in einigen Paaren. Ein prachtvolles Bild gewährte sein schwebender Flug über den schwingenden Wogen. — Immer seltener werden auf den westfriesischen Inseln die Sturmschwalben. Dann und wann sieht man bei Hooge, Amrum und Sylt die schönen Vögel mit dem gerade abgeschnittenen Schwanz mit dem aufbraunen, auf dem Oberkopfe glänzend schwarzen, gegen die Stirn hin bläulichen Gefieder, das auf dem Mantel eine schwarzbraune Farbe zeigt. Auf der Insel Sylt ist die Raubseeschwalbe ein Naturdenkmal geworden, sie findet sich nur noch am Außenstrande zwischen den beiden Leuchttürmen des sogenannten „Ellenbogen“. In Zeichnung und Gestalt ähnelt sie der Küstenseeschwalbe, sie ist nur größer und die granblaue Rückenfarbe noch dunkler. Die Jagd nach den Eiern, welche die Raubseeschwalbe oder Wimmernöve in eine flache Sandmulde legt, hat viel Schuld daran, daß die Vögel eine Seltenheit wurden.

Die Sylter suchten die Eier, die meistens zu zweien in einem Neste liegen; man ließ dem Vogel sein Gelege nur 8 bis 14 Tage vor Johanni zum Brüten. In Flug und Gewandtheit beim Fischfang ist ihr die Brandseeschwalbe ebenbürtig, die frühestens Ende April im Strich der westfriesischen Nordseeküste erscheint, bald brütet und spätestens im September wieder dem Süden zu zieht.

Im Watt, an der Küste des Festlandes und der Halligen, ist der Austernfischer häufig. Sein pfeifendes „Hup“, das in kurzen Zeiträumen erschallt, macht uns auf ihn aufmerksam. Plump und schwerfällig steht der große Vogel auf seinen breitsohligen Füßen. Hurtig trippelt, hüpfert er über den weichen, schlüpfrigen Schlick. Neben den Möven kennzeichnet er wohl am meisten die Vogelwelt der Watten.

Den jagdbaren Vögeln der Nordseeküste geht man gewaltig zu Leibe. Wenn die Wildenten sich im August zum Zuge scharen, wenn die Wildgans im Herbst sich zum Fluge rüstet, dann wirft der Jäger das Gewehr über die Achsel und streift mit dem Hunde am Außendeich. Dort ist die Jagd frei. Gefahren birgt sie nicht, verlangt aber einen ausgezeichneten Schützen, der buchstäblich den Vogel im Fluge herunterholt. Und die Friesen haben eine sichere Hand und ein klares Auge! Es nimmt daher nicht wunder, daß fast jeder Fischer auch Jäger ist.

Unermeßlich groß sind die Züge der Wildenten, die im Herbst über das Wattmeer streichen; gejagt werden sie mit Hilfe der „Vogelkoje“. Weidmännisch ist diese Jagd nicht, aber als Erwerbsquelle hat sie geradezu volkswirtschaftliche Bedeutung erlangt.

Solche „Vogelkojen“ sind auf allen ost- und west-

friesischen Nordseeinseln zu finden. Innerhalb des Seedeiches, in möglichster Nähe der Watten, ist ein Stück Land von 3 bis 5 Hektar mit Bäumen und Sträuchern bepflanzt. In der Mitte dieser Anlage befindet sich ein großer, tiefer Süßwasserteich, der von einem nur an den Ecken durchbrochenen Erdwall umgeben wird. Von diesen Durchbruchstellen gehen die Pfeifen ab, etwa 20 Meter lange, bogenförmige Kanäle. Sie verengen sich allmählich, werden flacher und endigen schließlich in einer Netzreue. Ueber die Pfeifen ist ein Netz gespannt, das sich gegen das Ende immer tiefer senkt und schließlich in die Reuse übergeht. Auf dem Teiche schwimmen Lockenten, denen man die Schwungfedern abgeschnitten hat. Läßt sich ein Schwarm wilder Enten in der Koje nieder, so schwimmen die Lockenten bald auf eine Pfeife zu, halten sich jedoch — sie sind so abgerichtet — an der Mündung auf. Die wilden Enten folgen ihnen und lassen sich durch die ausgestreute Gerste in die Pfeifen hineinlocken. Sobald der Kojenwarter sie unter dem Netze weiß, jagt er sie in die Reuse hinein und holt eine nach der anderen heraus, um ihr das Genick abzudrehen. So müssen bis zu 100 Enten auf einmal ihren Fürwitz büßen und ihr Schicksal warnt andere nicht, denn die Netzreue ist infolge der bogenförmigen Krümmung der Pfeifen vom Teiche aus nicht zu sehen. Da die Vögel sich während der Ebbe meistens auf den Watten, wo sie reichlich Nahrung finden, aufhalten, fallen die besten Fangstunden in die Flutzeit.

In großen Scharen geht im Herbst die Wanderung der Enten vor sich, der Fang beginnt Mitte August und währt so lange, bis den Teich der Vogelkoje die erste Eisdecke überzieht.